

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Sepp Aigner

EDITORIAL

Rassismus in Deutschland – 75 Jahre nach den November-Pogromen – das sind nicht nur die Morde des NSU und die Reaktionen des Staatsapparats darauf. „Die aktuelle Situation erinnert an die Pogromstimmung Anfang der 1990er Jahre, als die Abschaffung des Asylrechts mit Parolen wie *Das Boot ist voll!* und Angriffen auf Flüchtlinge und Migrant*innen eingeleitet wurde.“

So beginnt Philipp Kiesel seinen Artikel „Verfügungsmasse Arbeitskraft – Über die Entrechtung und Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland“. Aitak Barani untersucht, woher die Ideologien der Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaftsformation kommen, und Renate Münder beschäftigt sich mit der Funktion des Rassismus im Zeitalter des Imperialismus. „Die Verdrängung des Klassenkampfes durch den Rassenwahn erwies sich als eines der effektivsten Mittel der Bourgeoisie, um den Kampf gegen Ausbeutung, Versklavung und gegen die Kolonisierung ganzer Völker zu torpedieren“ – und ist es bis heute.

Die Zerstörung des Asylrechts, die allmähliche Demontage des Grundgesetzartikels bis zu seiner faktischen Abschaffung 1993, als der deutsche Imperialismus erneut Kurs auf eine Weltmachtrolle nimmt, ist das Thema von Gotthold Streitberger. Als Mitglied der BI Asyl und des Bayerischen Flüchtlingsrats stellt er Forderungen an eine antirassistische Flüchtlingspolitik vor.

Wie die Gewerkschaften mit den Flüchtlingen und ihrem Protest umgehen, hätte einer ausführlichen Darstellung bedurft – T&P kann mit den Artikeln von Gretl Aden und aus der Zeitung *Auf Draht* nur ein einziges Beispiel vorstellen: In München wurde – trotz erheblicher Widersprüche bei Mitgliedern und Funktionären – die Aufforderung nach Solidarität positiv beantwortet.

In Frankreich stehen die Fronten im Kampf gegen den Rassismus nicht anders. Wie es der Sozialdemokratie gelingt, ihm die Spitze abzubreaken, schildert Alexandra Liebig.

Das Verhältnis zu den Flüchtlingen wie zu den Arbeitsmigrant*innen wird durch die Frage entschieden, ob die Kolleginnen und Kollegen sie als einen Teil ihrer Klasse begreifen, die den gleichen Gegner wie sie selbst haben: Solidarität statt Konkurrenz, muss unsere Antwort sein! Warum dies keine selbstverständliche Erkenntnis ist, sondern warum der Rassismus in der Arbeiterklasse so gut greift, dazu fehlt in diesem Heft leider ein Artikel. Für die Bekämpfung des Rassismus ist die Antwort darauf entscheidend.

Der nächste Block beschäftigt sich mit der Frage der Antifa-Politik. Es ist kein Zufall, dass T&P neben dem Thema Antirassismus auch das Thema Antifaschismus in diesem Heft aufgreift – Rassismus ist schließlich eine Kern-

komponente faschistischer Ideologie. Renate Münder entwickelt angesichts der Krise Thesen zur faschistischen Gefahr und zur antifaschistischen Strategie. Markus Bernhardt sieht die antifaschistische Bewegung zwischen „Anbiederung, Moral und Konzeptionslosigkeit“ und hält deshalb eine Reorganisation für dringend erforderlich. Auch die Redaktion von T&P hält es für richtig, die Antifa-Politik der Kommunisten auf den Prüfstand zu stellen und plädiert für eine antikapitalistische Antifa-Politik.

Das Elend der EL charakterisiert Tibor Zenker. Er meint: „Zur historischen Tragödie des Zusammenbruchs der II. Internationale vor 100 Jahren ist die EL nun die Farce.“

Den Abschluss macht Jörg Högemann mit dem Literaturtipp. Im neuen Buch von Andreas Wehr erfahren wir, woher die Europa-Träume innerhalb der Linken stammen – Wehr stellt ihnen die Wirklichkeit entgegen.



75 JAHRE NACH DEN NOVEMBER-POGROMEN – RASSISMUS IN DEUTSCHLAND

Am 18. Februar 2013 empfing Bundespräsident Joachim Gauck in Berlin Hinterbliebene von Opfern der Mordserie des NSU. Die Schwester des 2001 in Hamburg ermordeten Süleyman Tasköprü, Aysen Tasköprü, sagte Gauck in einem Brief ab:

„Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

(...) Da Sie ja aber so daran interessiert sind, wie es uns geht, werde ich Ihnen gerne schildern, wie es uns geht. Im Sommer 2001 töteten die Neonazis meinen Bruder. Im Spätsommer 2011 – zehn Jahre später – klingelte die Kripo bei mir. Sie brachten mir die persönlichen Gegenstände meines Bruders. Ich fragte die Beamtin, warum jetzt die Sachen kämen; ob es etwas Neues gibt. Sie sagte nur, man habe nur vergessen, mir die Sachen zurückzugeben. Dann ging sie wieder. Ich habe stundenlang vor den Sachen meines toten Bruders gesessen; ich habe tagelang gebraucht, um mich zu überwinden, meinen Eltern davon zu erzählen, dass seine Sachen wieder da sind. Ich war völlig am Ende. (...)

Aitak Barani

WOHER KOMMT RASSISMUS?

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, 1848)

Der treibende Motor für die Entstehung von Ideologien der Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist der Widerspruch zwischen der formalen Rechtsgleichheit und der realen materiellen Ungleichheit. Die materielle Ungleichheit ist die notwendige Bedingung eines jeden in der Menschheitsgeschichte auftretenden Klassengegensatzes. Die historisch höchste Stufe dieser Ungleichheit: die Besitzer aller Produktionsmittel auf der einen Seite und die Besitzer lediglich ihrer eigenen nackten Arbeitskraft auf der anderen.

Ich wurde 1974 in der Türkei geboren; seit 1979 lebe ich in Deutschland. Ich bin hier zur Schule gegangen, habe meine Ausbildung gemacht und gearbeitet. Mein Sohn wurde hier geboren, und ich fühlte mich als Deutsche mit türkischen Wurzeln. Noch im März 2011 konnte ich darüber lachen, als eine Sachbearbeiterin im Rathaus zu meinem Sohn sagte, er sei kein Deutscher. Der Kleine war ganz erstaunt und erklärte ihr sehr ernsthaft, dass er sehr wohl Deutscher sei, er habe schließlich einen deutschen Pass. Wie gesagt, ich lachte und sagte meinem Sohn, ich würde ihm das zu Hause erklären. Heute kann ich darüber garnicht mehr lachen. Ich hatte mal ein Leben und eine Heimat. Ich habe kein Leben mehr. Ich bin nur noch eine leere Hülle, die versucht, so gut wie möglich zu funktionieren. Ich bin nur noch unendlich traurig und fühle mich wie betäubt. Ich habe auch keine Heimat mehr, denn Heimat bedeutet Sicherheit. Seitdem wir wissen, dass mein Bruder ermordet wurde, nur weil er Türke war, haben wir Angst. Was ist das für eine Heimat, in der du erschossen wirst, weil deine Wurzeln woanders waren? (...)

Alles was ich noch möchte, sind Antworten. Wer sind die Leute hinter dem NSU? Warum ausgerechnet mein Bruder? Was hatte der deutsche Staat damit zu tun? Wer hat die Akten vernichtet und warum? (...) Und auch Ihnen, Herr Bundespräsident Gauck, ist mein Bruder doch nur wichtig, weil der NSU ein politisches Thema in Deutschland ist. Was wollen Sie an unserem Leid ändern? Glauben Sie, es hilft mir, wenn Sie betroffen sind? (...)“ [1]

Der staatliche Rassismus steht nicht auf der Anklagebank im NSU-Prozess, so sehr die Rechtsanwälte der Nebenklage sich auch bemühen. Dafür sorgt die Klassenjustiz. Der Verfassungsschutz darf weiter die Mörder unterstützen, er soll sogar gestärkt und zentralisiert werden, d. h. aus den Verfassungsschutzbehörden der Länder soll ein zentraler Verfassungsschutz für die gesamte Republik entstehen. Um umso besser die Gegner des staatlichen Rassismus, die Antifaschisten und Kommunisten in diesem Land, beobachten und verfolgen zu können.

Quellen und Anmerkungen:

[1] jW 18.2.2013

Wir müssen uns den Werdegang dieses „freien“ und als „Gleicher“ vertragsfähigen Arbeiters als eine langandauernde Geschichte der gewaltsamen Loslösung des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln vorstellen: „Der Prozess, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozess des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozess, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter“. [1]

Um die unzähligen Unterdrückungsweisen und letztendlich die Ungleichheit zwischen Produktionsmittelbesit-

zern und dem Rest der Menschheit zu legitimieren und um die eigene Herrschaft durch Verklärung und Spaltung zu sichern, muss die herrschende Klasse stets aufs Neue rassistische Ideen reproduzieren.

Freiheit und Gleichheit

Schon zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft entsteht eine verzwickte Situation: Die kraftvoll auf die weltgeschichtliche Bühne tretende bürgerliche Klasse, die ihre zunehmende ökonomische Macht auf dem angehäuften Kapital begründet, gerät in Widerspruch zu den politischen und gesellschaftlichen Fesseln der feudalen Herrschaftsordnung. Um endlich das Kapital in Bewegung zu

setzen und verwerten zu können, brauchen die Kapitalisten Arbeiter, die sie ausbeuten können. Diese aber müssen selbst über ihre Arbeitskraft verfügen können und dürfen nicht durch feudale Ketten geknebelt sein. So entstehen in Frankreich, aber auch in England und in Nordamerika die Parolen von der „Freiheit und Gleichheit aller“. Dazu betont Marx im ersten Band des „Kapitals“: „Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte (...). Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent“. [2]

Ursprüngliche Akkumulation

Allein in der Sphäre der Zirkulation (d. h. auf dem Markt) also herrschen „Freiheit“ und „Gleichheit“. Diese Entwicklung ging allerdings einher mit einer unvorstellbar grausamen Enteignung von vermeintlich Freien und Gleichen: der so genannten ursprünglichen Akkumulation, die für die Mehrheit der Menschen Elend, Armut und Ausbeutung bis in den Tod bedeutet.

Historisch findet sie in England ihre klassische Form. Die Kolonisierung der Völker Afrikas, Asiens, Amerikas und Australiens verschaffen hier der emporsteigenden bürgerlichen Handelsschicht das notwendige Geld, das sie dann als Kapital anwenden kann. Die Ideologie des Rassismus begleitete hier diesen unglaublichen Raub bereits von Anfang an: „Das unmittelbare Ziel des Rassismus bestand stets darin, die Opfer der Unterdrückung moralisch zu entwaffnen, ihr Vertrauen auf ihre eigene Kraft auszulöschen, ihnen ihre Selbstachtung zu nehmen, ihnen das Bewusstsein zu suggerieren, ihre Rechtlosigkeit sei ‚gesetzlich‘, und damit ihren Willen zum Kampf gegen ihre Unterdrücker zu lähmen“ [3]. Ob es um die Unterdrückung der Kolonien als Nationen, um Sklavenhandel oder um die Ausbeutung des Proletariats im eigenen Land ging und geht: die Erniedri-

gung ist stets Bestandteil der Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Metamorphosen der Bourgeoisie

Doch auch wenn der Freiheit und Gleichheit auf dem Markt ein brutaler und rassistisch begleiteter Enteignungsprozess vorausging, musste sich das Bürgertum im Kampf um die politische Macht zumindest noch mit Parolen der Gleichheit gegen die feudale Klasse schmücken. Diese wiederum wehrte sich ihrerseits mit ihren eigenen Ungleichwertigkeitsideologien gegen den „standeslosen Universalismus“ der aufstrebenden Bourgeoisie. Sobald aber die Bourgeoisie die politische Macht behaupten und sich gegen die feudale Klasse durchsetzen konnte, begann sie auch ihre eigene Gleichheitsideologie zu verwerfen. So „stellen sich die weiteren rassistischen Machwerke das Ziel, die Bourgeoisie ‚zu veredeln‘. Zur ‚niederen Rasse‘ wird das Proletariat gezählt, und der Bourgeoisie, insbesondere der Großbourgeoisie, wird zusammen mit den Gutsbesitzern ‚arisches Blut‘ zugeschrieben“. [4]

Die massenhaft freigesetzte Arbeiterklasse hat sich jedoch fortan die Parole der Freiheit und Gleichheit zu eigen gemacht. Sie steht nun endlich in vollem Gegensatz zur Unterdrückerklasse, der Bourgeoisie. Und mit der Zuspitzung der Widersprüche im Zuge der fortschreitenden Kapitalkonzentration tritt die offene Reaktion der Bourgeoisie immer stärker in den Vordergrund. Der Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase ist notwendig zunehmend krisenhafter Kapitalismus. Und je krisenhafter sein Zustand, umso mehr Kriege, umso verschärfter die Ausbeutung, umso reaktionärer seine Legitimationsversuche.

Dialektik der (Un-)Gleichheit

Zusammengefasst heißt das: Die Entwicklung zunehmender materieller Ungleichheit wird begleitet von der Entwicklung formaler bzw. juristischer Gleichheit. Dieser Widerspruch wird ideologisch gespiegelt in Ungleichheitsvorstellungen einerseits und der Idee der Gleichheit aller auf der anderen Seite. Beide Seiten sind ideologische Ausdrucksformen wirklicher Existenzbedingungen des Warenaustausches: Formal gleiche Warenbesitzer auf dem Markt, die frei über ihre Waren verfü-

gen können, bilden die eine Seite dieser Wirklichkeit. Die materielle Ungleichheit zwischen Produktionsmittel besitzenden Kapitalisten und besitzlosen Arbeitern stellt die andere Seite dar. Diese zweite Seite ist der Quell der Ideologie der Ungleichwertigkeit, so auch des Rassismus – und zwar bis heute.

Rassismus kann dabei sehr unterschiedliche Formen annehmen, z. B. biologistische oder kulturalistische (unter der wir heute z. B. das Phänomen des antiislamischen Rassismus fassen). Er dient fast immer der Legitimation von Ausbeutung, Unterdrückung und –in letzter Instanz – der Vernichtung. Jede Form des Rassismus wird im Laufe der Zeit widerlegt durch Wissenschaft und Erfahrung. Deshalb muss Rassismus ständig Wandlungen durchmachen und neue Erklärungen konstruieren.

An dieser Stelle ging es darum, die allgemeine historische Grundlage für Ideologien der Ungleichheit darzulegen. Theorie und Praxis bilden dabei stets eine Einheit. Auf der Seite der Herrschenden: Rassismus als Ideologie, verbreitet durch ihre Intellektuellen und ihre Medien, durch rassistische Gesetze und die Formierung von rassistischen Schläger- und Mördertrupps. Auf unserer Seite, der Seite der Arbeiterklasse: der wissenschaftliche Sozialismus, der die materiellen Bedingungen und Interessen entlarvt, die hinter der rassistischen Ideologie stehen, sowie der praktische antifaschistische und antirassistische Kampf (letztendlich Klassenkampf!), der gleichbedeutend ist mit dem Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und der Aufhebung jener Gesellschaftsformation, die die materielle Grundlage jeglicher Formen von Ungleichwertigkeitsideologien beständig reproduziert.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Karl Marx, Das Kapital, Band I (MEW 23), S. 742
- [2] Ebd., S. 190
- [3] J. J. Roginski und M. G. Lewin: Der Rassismus und seine sozialen Wurzeln. In: Rassen, Rasantheorie und imperialistische Politik. Fünf Beiträge zur Kritik der Rassen-„theorie“, Herausgegeben von Henry Görschler, Dietz Verlag Berlin 1961, S. 40
- [4] Ebd. S. 47



SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE UND DER VÖLKER

Ist Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit allen Menschen angeboren? Das behaupten bürgerliche Wissenschaftler wie z. B. der Ethnologe Irenäus Eibl-Eibesfeldt. Er deutet die Abwehr des Fremden bzw. als fremd Empfundene sowie die sich historisch unterschiedlich darstellende Abgrenzung von Gruppen als anthropologisches Erfordernis zur Aufrechterhaltung einer stabilisierenden Gruppennorm. Auf diese Weise versucht er, Rassismus und Diskriminierung als Resultat biologischer, kultureller oder ökonomischer Gegebenheiten zu legitimieren. [1]

Tatsächlich ist uns Rassismus historisch aus vielen Gesellschaften bekannt. Man denke z. B. an die Distanzierung der Griechen von den „Barbaren“ oder an das indische Kastensystem, das als soziale Abgrenzung gegenüber den Ureinwohnern entstand, an den Antisemitismus des Mittelalters, der sich aus religiösen Quellen speiste, oder an die Sklavenhaltergesellschaft der Südstaaten, die lange Zeit ohne Rassentheorie zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft auskam und sie erst sehr spät aus dem Norden übernahm. In diesen Gesellschaften herrschte ein vormoderner Rassismus, der nicht auf Rassentheorien basierte. [2]

Auch in kapitalistischen Gesellschaften entsteht Rassismus scheinbar spontan. Die Behauptung „*Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg*“ stimmt in demselben Maße wie die Aussage „*Frauen nehmen Männern die Arbeitsplätze weg*“ oder die Alten den Jungen – überhaupt jeder Arbeiter dem anderen. Die Grundlage des Rassismus ist hier die Konkurrenz der Verkäufer der Ware Arbeitskraft untereinander – ihre Ursache ist der Kapitalismus selbst. Dabei wird die gegenseitige Konkurrenz umso größer, je weniger die Arbeiter als Klasse auftreten.

Rassismus setzt an die Stelle des materiellen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit einen willkürlichen Scheingegensatz zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Schädel-

form, Religion u. ä. Dieses Konstrukt, mit den „Mitteln des Biologismus die barbarische Praxis reaktionärer Ausbeuterklassen zur Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung bestimmter Bevölkerungsschichten, politischer Vereinigungen und ganzer Völker ideologisch zu rechtfertigen“ [3], wird in verschiedenen Formen wissenschaftlich verbrämt. Die Behauptung, Ungleichheit sei naturbedingt oder angeboren, also nicht historisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich entstanden, richtet sich nicht nur gegen die marxistische Auffassung vom Klassenkampf, sondern insbesondere gegen den Gleichheitsgrundsatz der bürgerlichen Demokratie und gegen alle damit verbundenen historisch gewachsenen moralischen Normen.

„Moderner“ Rassismus als imperialistische Ideologie

Rassismus als Ideologie entstand bereits in der Zeit der Aufklärung, und zwar nicht aus Rassenkonflikten heraus, sondern zur Legitimation der Vorherrschaft der herrschenden Klasse, des Adels und der Kirche. Gegen die bürgerliche Aufklärung mit ihrer Ideologie der Gleichheit setzte der Franzose Arthur Gobineau die Ideologie der Ungleichheit, die Herrschaft einer „natürlichen Führungsschicht“ über die „minderwertigen Armen“. Diese Ideologie der Ungleichheit – niederer und höherer Rassen, überlegener oder minderwertiger Völker und Kulturen – wurde jedoch erst bedeutsam, als sich in der Ökonomie der Wandel von der freien Konkurrenz zum Monopol vollzog. „Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie und die Rechtsgleichheit. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion und Rechtsungleichheit. Das Monopol ist Ungleichheit und braucht notwendig Ungleichheit. (...) Das Monopol ist notwendige Voraussetzung des Rassismus.“ [4]

Das Monopolkapital vereint in seinen Fabriken die Arbeiter vieler Nationen unter seinem Kommando, es schuf mit der Internationalisierung der

Produktion zugleich die Voraussetzung für den weltweiten Klassenkampf des Proletariats, für den proletarischen Internationalismus. Damit waren nicht nur die Extraprofite des aufsteigenden Imperialismus bedroht, sondern seine Fortexistenz überhaupt. Deshalb wurden und werden im Monopolkapitalismus immer wieder neue verschiedene Methoden entwickelt, um die Unterschiede unter den Arbeitern zu vergrößern, ihren Zusammenschluss zu verhindern und sie gegeneinander zu hetzen. Schon die zaristische Polizei hatte erkannt, dass es nicht reicht, sich auf die Bajonette zu stützen: „Gegen die Volksrevolution, gegen den Klassenkampf kann man sich nicht auf die Polizei stützen, man muss sich ebenfalls auf das Volk, ebenfalls auf Klassen stützen ... Man muss die nationale Zwietracht, die Rassenzwietracht schüren.“ [5]

Die Verdrängung des Klassenkampfes durch den Rassenwahn erwies sich als eines der effektivsten Mittel der Bourgeoisie, um den Kampf gegen Ausbeutung, Versklavung und gegen die Kolonisierung ganzer Völker zu torpedieren.

So fand der deutsche Imperialismus im Antisemitismus den ideologischen Vorwand für Völkermord und Krieg. Er brachte dabei das Kunststück fertig, *die Juden* als Vertreter der revolutionären Arbeiterbewegung und gleichzeitig als Vertreter des Finanzkapitals zu dämonisieren. Der Antisemitismus ist auch heute nicht verschwunden, aber er ist etwas in den Hintergrund getreten. Stattdessen dient der Antiislamismus heute einmal als Begründung für den „Kampf der Kulturen“, ein anderes Mal für den „Kampf gegen den Terror“.

Staatlicher Rassismus

Doch die Bourgeoisie verlässt sich nicht allein auf die Wirkung von rechten Hetzern. Rassismus wird zugleich staatlich organisiert: Er wird erzeugt in den Amtsstuben und den Gerichtssälen. Mit Gesetzen und Verwaltungserlassen, die

speziell auf Ausländer zugeschnitten sind, durch Ausländerrecht, Asylrecht und Staatsangehörigkeitsrecht wird immer wieder ihre Ungleichheit bestätigt. Sie sind nur geduldete „Gäste“, deren Zuzug mit Hilfe des Aufenthaltsgesetzes gesteuert und begrenzt werden soll. Und um die Unterdrückung zu zementieren, wird ihnen im § 47 dieses Gesetzes die politische Betätigung verboten bzw. eingeschränkt.

Das reaktionäre deutsche Staatsbürgerschaftsrecht unterscheidet zwischen zwei Klassen von Staatsbürgern: den „Deutschen“ und den „Bürgern mit Migrationshintergrund“. Es ist nicht an das Territorium gebunden, sondern an die deutsche Abstammung (Blutrecht). Das hat zur Folge, dass z. B. einem aus Russland stammenden Einwanderer, dessen Vorfahren vor hunderten von Jahren nach Osten gezogen waren, sofort ein deutscher Pass gewährt wird, während den Kindern türkischer Migranten, die hier geboren wurden, dieser nicht automatisch zugestanden wird. Inzwischen erhalten sie zwar eine doppelte Staatsbürgerschaft, müssen sich aber mit 23 Jahren für eine der beiden entscheiden. [6]

So erscheint Rassismus als etwas Selbstverständliches, dem alle Menschen fremder Abstammung unterworfen sind. „Ausländer gehören nicht dazu.“

Insgesamt zielen die verschiedenen Formen des Rassismus immer darauf, die Arbeiterbewegung zu spalten sowie sie vom gemeinsamen Kampf gegen das Kapital abzuhalten und die Völker gegeneinander zu hetzen, damit die Verursacher von Arbeitslosigkeit, Entrechtung, Unterdrückung und Krieg im Dunkeln bleiben. Als politische Bewegung lässt er Schwache und Unterdrückte Jagd auf noch Schwächere machen.

Brandbeschleuniger Krise

Mit der Krise wachsen Arbeitslosigkeit und Elend, aber auch die Wut über den Kapitalismus. Da ist Rassismus ein geeignetes Mittel, die Menschen von ihrem eigentlichen Gegner abzulenken. Als z. B. die Bundesregierung im Herbst 2010 die ersten Rettungsschirme für „notleidende Banken“ spannte und in den Betrieben die Empörung wuchs, erschien genau zu diesem Zeitpunkt das

Buch von Thilo Sarrazin, und statt über die Geschenke für Banken und Milliardäre zu diskutieren, wurde nun über die rassistischen Thesen des SPD-Politikers geredet. Auch der rasante Aufstieg der offen neonazistischen Partei Chrysi Avgi in Griechenland wurde begünstigt durch die Verelendung zunehmender Teile der griechischen Bevölkerung unter dem Druck der deutschen Spar diktrate.

Damit nicht der deutsche Imperialismus, der sich zum Zuchtmeister der EU aufschwang, ins Zentrum der Kritik rückte, wurde in Deutschland die Hetze auf die „faulen Griechen“ eröffnet, die angeblich früher und mehr Rente beziehen als die fleißigen Deutschen. Die Griechen hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

Es gelang der Bourgeoisie, die Solidarität mit der griechischen Arbeiterklasse weitgehend zu verhindern. Wenn nicht der Klassenkampf die Arbeiter vereint, dominiert die Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Bei einer Arbeiterklasse, die selbst nur in geringem Maße kämpft und in ihrer Mehrheit der Standortideologie anhängt, konnte auch die Krise nicht viele neue Erkenntnisse bringen. Der gemeinsame Gegner – die Bourgeoisie in Deutschland wie in Griechenland, insbesondere aber der deutsche Imperialismus – wurde und wird nicht erkannt. Die Wut auf ein korruptes, pervertiertes System und seine politischen Handlanger, die immer größere Geldtranchen in die Rettung der Banken fließen ließen, nicht aber in die Rettung der Menschen, wurde umgewandelt in Chauvinismus. Mit Hilfe des Rassismus gelang es, die Völker gegeneinander zu hetzen und die Unterdrückung und Ruinierung fremder Völker zu legitimieren.

„Der Rassismus als Staatspolitik sanktioniert im Gegensatz zu allen Grundsätzen der (bürgerlichen) Demokratie die Rechtsungleichheit – sowohl zwischen den Völkern und Staaten in den internationalen Beziehungen, als auch unter den Einwohnern eines Staates. Er entrechtet, diskriminiert und verfolgt willkürlich Teile der Bevölkerung und schafft so künstliche Abstufungen unter den Ausgebeuteten und Unterdrückten. Er bedient sich des Rassismus als politische Bewegung (legalisiert ihn und deckt seine Untaten), er ergänzt und ‚ersetzt‘ dessen Pogro-

me und anderen chaotischen Gewaltakte durch ‚den geordneten‘ Einsatz des staatlichen Gewaltapparats.“ [7]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Stichwort „Fremdenfeindlichkeit“ auf Wikipedia
- [2] St. Heymann, Marxismus und Rassenfrage, Dietz Verlag, Berlin, S. 24
- [3] Stichwort „Rassenideologie“, Kleines politisches Wörterbuch, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 537
- [4] Thesen zu Rassismus und Kapital, Beilage zur KAZ 239, 1993, S. 5
- [5] Lenin, Werke Band 8, S. 193
- [6] Nach dem Koalitionsvertrag soll in Zukunft die doppelte Staatsbürgerschaft für diejenigen gelten, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, für alle anderen jedoch nicht.
- [7] Thesen zu Rassismus und Kapital, S. 2



VERFÜGUNGSMASSE ARBEITSKRAFT

Über die Entrechtung und Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland

Die aktuelle Situation erinnert an die Pogromstimmung Anfang der 1990er Jahre, als die Abschaffung des Asylrechts mit Parolen wie „Das Boot ist voll!“ und Angriffen auf Flüchtlinge und Migranten eingeleitet wurde. Seit August 2013 wurden bereits sieben brennende Migrantenhäuser dokumentiert. Neofaschisten marschieren gegen Flüchtlinge. Und Bundesinnenminister Friedrich (CSU) hetzt gegen *Armutsfüchtlinge* aus Rumänien und Bulgarien. Für EU-Ausländer gibt es keine Sozialleistungen mehr, seit die Bundesregierung das europäische Fürsorgeabkommen unter Vorbehalt gestellt hat. Die *Standortkosten* der Migration sollen niedrig gehalten werden, wie es bereits bei den *Gastarbeitern* gemacht wurde.

Die Forderungen der Vertreter von Unternehmensverbänden, wie z. B. BDI und BDA, nach mehr „Willkommenskultur“ und „qualifizierter Einwanderung“ stehen dem nicht entgegen. Denn letztlich geht es dem Kapital um die bestmögliche Unterwerfung der Verfügungsmasse Arbeitskraft. Rassistische Hetze stellt dabei nicht nur die Begleitmusik für die Herstellung von Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt dar, sondern ist ein Teil der politischen Unterdrückung der ausländischen Teile der Arbeiterklasse und – durch die damit einhergehende Spaltung – somit der gesamten Klasse.

Strategische Ressource Arbeitskraft

Die Bedingungen, unter denen die ausländischen Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen, werden vom Imperialismus bereits im Herkunftsland determiniert. Durch imperialistische Außenpolitik, durch ökonomische und politische Abhängigkeit, durch Hunger, Elend und Niedergang werden sie gezwungen ihr Land zu verlassen und Hungerlöhne zu akzeptieren. Die Arbeitskräfte sind meistens ungelernt, und jegliche Verbesserung von Arbeiterrechten wird indirekt durch die Strukturanforderungen internationaler Kapitalorganisationen (IWF, EU) oder durch direkte Ein-

flussnahme (Stichwort Rechtsexport) bis hin zur militärischen Besatzung unterbunden.

Der Hintergrund des Drucks auf ausländische Arbeitskräfte: In der zwischenimperialistischen Konkurrenz ist es wichtig, über ein möglichst großes Heer von billigen und bedrängten Arbeitskräften zu verfügen. Sie sind eine Quelle von Extraprofit, eine mobile Reservarmee, die flexibel eingesetzt werden kann, und ein Hebel zur Senkung des Lohnniveaus und zur Zurückdrängung gewerkschaftlicher Macht. Besonders in Hochrüstungs- und Kriegsphasen ist sie von strategischer Bedeutung. Es handelt sich dabei um „ein charakteristisches Element der staatsmonopolistischen Entwicklung. Seinen Verwertungsbedürfnissen entsprechend sprengt das Kapital die nationalen Grenzen; es durchbricht die Schranken der Bevölkerungszunahme im eigenen Land und schafft sich durch ‚Freizügigkeitsregelungen‘ im Rahmen der kapitalistischen Integration sowie durch staatlich gelenkte Anwerbung von Arbeitskräften aus anderen Ländern das für seine ökonomische Expansion notwendige Arbeitskräftepotenzial“. [1]

Den Epochencharakter dieser „Völkerwanderung der besonderen Art“ hat Lenin so formuliert: „Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit schlecht bezahlter Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch. Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der Parasitismus der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der ‚billigen‘ ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten.“ [2]

Zu diesem Zweck stehen dem deutschen Imperialismus gegenwärtig im Inland knapp sechs Millionen Ausländer im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung. Hinzu kommen die mehr als sieben Millionen Arbeitskräfte auslän-

discher Herkunft mit deutscher Staatsbürgerschaft (Migrationshintergrund), sowie die durch Kapitalexpert Ausgebeuteten in den unterdrückten Ländern. Völlig entrechtet sind die bis zu einer Million illegalisierten Menschen in Deutschland, die der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind. Ihre Ausbeutung beschränkt sich nicht nur auf kleine Gewerbetreibende, sondern erstreckt sich beispielsweise auch auf große Hotelketten oder den Frankfurter Flughafen.

Hierarchie der Entrechtung

Die Europäische Union dient dem deutschen Kapital als maßgebliches Instrument, um ausländische Arbeitskräfte zu nutzen und zu entrechteten, über die Aufnahmeverfahren und die Auferlegung Brüsseler Vorschriften soziale und rechtliche Standards ganzer Staaten auszuhebeln, den betroffenen Ländern die Arbeitskraft zu entziehen und das Streikrecht anzugreifen, wie es mit der Monti-II-Verordnung versucht wurde. Die Freizügigkeitsregelungen beinhalten eine Bandbreite an Ausbeutungsverhältnissen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus den acht 2011 hinzugekommenen Ländern (darunter Polen) stieg dabei im ersten Jahr lediglich um 77.000 an. Die ausschließlich geringfügig Beschäftigten, (Schein-)Selbständigen und auch die entsandten Arbeitskräfte werden statistisch nicht aufgeführt, da die Bundesrepublik auf die Erfassung dieser Ausbeutungsverhältnisse lieber verzichtet. Lediglich über die Zahl der Entsendebescheinigungen und über Erfahrungsberichte lässt sich ein grober Eindruck ermitteln: Danach zeigt sich vor allem ein Anstieg der grenzüberschreitenden Leiharbeit und insbesondere der Werkverträge (größtenteils ohne Entsendung). Für den Verkäufer der Arbeitskraft bedeutet dies weitgehende Entrechtung: Extrem niedrige oder keine Entlohnung, keine Tarifbindung, keine Sozialversicherung, keine Krankenversicherung, keine Aufklärung über die eigenen Rechte, keine gewerkschaftliche Organisation.

Diese extremen Ausbeutungsbedingungen finden sich besonders häufig in den Branchen Fleischverarbeitung, Bau- und Speditionsgewerbe, Gebäudereinigung, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Pflege, also in Branchen mit harter körperlicher Arbeit, hohem Unfallrisiko und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Branchenspezifische Mindestlöhne und komplizierte Ausnahmeregelungen führen dazu, dass ausländische Kollegen meist ihre Rechte überhaupt nicht kennen und häufig in Betrieben eingesetzt werden, in denen kein Betriebsrat existiert, der für sie eintreten könnte.

Teilweise werden ganze Branchen über diese Instrumente neu aufgerollt, wie aus der Studie „Grenzenlos faire Mobilität“ des DGB-Bildungswerks hervorgeht: Dort berichtet ein Beratungsexperte aus der Fleischbranche: „Das führt dazu, dass wir in vielen großen Schlachtkonzernen teilweise nur noch zehn Prozent eigene Stammebelegschaften haben und 90 Prozent Arbeitnehmer in Werkverträgen und das überwiegend aus Ost- und Ostmitteleuropa. Dadurch ist in den letzten Jahren das Einkommensniveau gesunken und ein enormer Druck auf die Stammebelegschaften entstanden. Wir waren in vielen Bereichen kaum mehr tariffähig.“ [3]

Fremdarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter

Die deutsche Bourgeoisie führt so die „reaktionären Traditionen imperialistischer Fremdarbeiterpolitik fort, die, geschaffen im wilhelminischen Kaiserreich und durch die herrschenden Kreise in die Weimarer Republik hinübergerettet, einen so grausamen Höhepunkt in der Massenzwangsarbeit des zweiten Weltkriegs erfuhren.“ [4]

Nach 1950 sorgten Anwerbeabkommen für die Zufuhr billiger Arbeitskraft. Die *Gastarbeiter* sollten als bewegliche Masse dienen und sich nicht niederlassen. Sie bleiben bis heute rechtlich diskriminiert und sind besonders stark von prekärer, harter körperlicher Arbeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote lag im September 2013 bei Deutschen offiziell bei 5,9 Prozent, bei Ausländern bei 11,2 Prozent und bei Personen mit Migrationshintergrund bei 9,5 Prozent. Aufgrund ihrer materiellen Not sind sie gefügiger und nehmen Arbeitsverschlechterungen eher

hin. Da sie häufig als junge Arbeitskräfte ausgebeutet und später entlassen oder in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden, sind sie für das Kapital besonders produktiv. Die Verknüpfung des Aufenthaltsrechts an die Sicherung des Lebensunterhalts zwingt zur Annahme jeden Jobs und macht sie erpressbar. Viele der ausländischen Arbeiter sind in atypischen Verhältnissen beschäftigt: knapp 30 Prozent (Nicht-EU-Ausländer) im Vergleich zu 20 Prozent der deutschen (inklusive der mit Migrationshintergrund). Es ist dem deutschen Kapital so gelungen, eine auf Dauer schlechter gestellte Reservearmee im Land zu halten und zu entrechten.

Ideologische Legitimation der Entrechtung

Für die andauernde Entrechtung der ausländischen Arbeiter ist eine kontinuierliche rassistische Ausgrenzung notwendig. Die gegenwärtige Hetze soll außerdem die wahren Gründe der Entrechtung – die Profitinteressen des Kapitals – verschleiern. Der Rassist Thilo Sarrazin richtet sich gegen alles *Unproduktive*: „Eine große Zahl an Arabern und Türken (...) hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich auch vermutlich keine Perspektive entwickeln“ [5]. Die rassistisch als wertlos Definierten seien dumm, schmutzig, unproduktiv – und sie sind unschwer als Arbeiter zu erkennen.

Unsere Antwort muss deshalb immer lauten: „Die ausländischen Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse der Bundesrepublik; ihre soziale Lage ist untrennbar mit der der gesamten Klasse verbunden. (...) Will die Arbeiterklasse ihre Lage verbessern, ihre Rechte wahrnehmen und ihre Interessen durchsetzen, dann muss sie solidarisch und einheitlich handeln. Sie darf es nicht zulassen, dass die ausländischen gegen die einheimischen Kollegen ausgespielt werden.“ [6]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Rüdiger Bech, Renate Faust, Die sogenannten Gastarbeiter, 1981, Verlag Marxistische Blätter, S. 12
- [2] Lenin, Werke, Band 26, S. 155
- [3] Grenzenlos faire Mobilität – Zur Situation von mobilen Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, DGB-Bundesvorstand, September 2012, S. 27
- [4] Lothar Elsner und Joachim Lehrmann, Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus 1900–1985, 1988, Dietz-Verlag, S. 11
- [5] Bundesbank-Vorstandsmitglied Sarrazin im Interview mit der Zeitschrift Lettre International, September 2009 (Nr. 86)
- [6] Rüdiger Bech, Renate Faust, Die sogenannten Gastarbeiter, S. 8



DIE ZERSTÖRUNG DES ASYLRECHTS

Das Asylrecht im GG

Das Grundrecht auf Asyl wurde 1949 vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und in der Fassung „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ ins Grundgesetz aufgenommen. Aus den Erfahrungen des deutschen Faschismus waren sich KPD, SPD, CDU einig, dass ein Asylrecht keine Einschränkungen verträgt. Friedrich W. Wagner (SPD) formulierte dies folgendermaßen: „Ein Asylrecht mit Voraussetzungen, mit Bedingungen (...) wäre in meinen Augen der Beginn des Endes des Prinzips des Asylrechts überhaupt.“ [1]

Zunächst suchten nur wenige Menschen Asyl in Deutschland. Die Wirtschaft benötigte dringend Arbeitskräfte. Bis 1973 kamen ca. vier Millionen *Gastarbeiter* mit Angehörigen. Auch für politisch Verfolgte war es relativ leicht, als Arbeitsmigranten nach Deutschland zu kommen.

Steigende Flüchtlingszahlen: Grenzen dicht ...

Nach dem Anwerbestopp von 1973 stiegen die Asylantragszahlen kontinuierlich an und lagen 1980 bei 107.818 Personen. Nun ergriff die Bundesregierung Maßnahmen, die eine Flucht nach Deutschland immer schwieriger machten: 1980 Visazwang und Verpflichtung der Fluggesellschaften, Reisedokumente genau zu kontrollieren und Flüchtlinge ohne Visum kostenlos zurückzuführen. Massive Verschärfung der Landesgrenzkontrollen und immer mehr Zurückschiebungen von Flüchtlingen an der Grenze auf Grundlage des 1982 geschaffenen Asylverfahrensgesetzes.

... Abschrecken ...

Das zweite Paket Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre waren „in Europa einmalige Abschreckungsmaßnahmen“ [2]:

- Sammellager. „Die unerwünschte Integration Asylsuchender in die deutschen Lebensverhältnisse ist durch bewusst lagermäßige Unterbringung zu verhindern“ [3]. Gustl Lang, da-

maliger CSU-Fraktionsvorsitzender, propagierte „umzäunte Baracken mit Wachtposten“ [4];

- „Gemeinschaftsverpflegung“ als „Beitrag zur Eindämmung des Asylantragsstroms“ [5];
- Residenzpflicht nach dem Vorbild der Nazizeit;
- Arbeitsverbot. Gleichzeitig Zwangsarbeit für 1–2 DM/Stunde („gemeinnützige Arbeit“) nach dem Vorbild des Reichsarbeitsdienstes;
- Streichung der Deutschkurse für Asylbewerber;
- Verkürzung des Asylrechtsweges und immer restriktivere Rechtsprechung, z. B. VGH Kassel, 20.11.1981: „Die Folterungen ... können nicht als politische Verfolgung gewertet werden.“

Dies gilt seither mit wenigen Lockerungen weiter und wird in Bayern besonders restriktiv praktiziert. Flüchtlinge werden systematisch entrechtet, ausgegrenzt, gedemütigt, krank gemacht. „Rassismus hat viele Gesichter“, sagt Pro Asyl.

... Schüren von Rassismus

Parallel erfolgte von führenden Politikern, unterstützt durch Massenmedien, ein menschenverachtendes Trommelfeuer: *Alle wollen zu uns, Asylantragsflut, Asylschmarotzer, das Boot ist voll ...* Bundeskanzler Kohl sprach 1992 gar vom „Staatsnotstand“ [6]. Ein Übriges tat die Ghettoisierung in Sammellagern, oft in kleinen, völlig überforderten Gemeinden. Durch diese Politik der Ausgrenzung und Hetze wurden Ressentiments gezielt verstärkt, wurde Rassismus geschürt. So wurde der Nährboden geschaffen für rassistische Morde und Pogrome, von denen Schwandorf (1988), Hoyerswerda (1991), Rostock (1992), Mölln und Solingen (1993) und die NSU-Morde nur die bekanntesten sind. Außerdem wurde so die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vorbereitet. Bis 1984 sanken die Asylantragszahlen

deutlich, stiegen dann aber bis 1992 auf 438.191 jährlich an. Hauptursachen waren die Krisenentwicklung in Osteuropa (ab 1988 zerfallende GUS-Staaten mit Auflösung der SU 1991) und besonders der Bürgerkrieg im zerschlagenen Jugoslawien, an dem die deutsche Politik maßgeblich beteiligt war.

... Zerstörung des Grundrechts auf Asyl – Einführung von Drittstaatenregelung und Flughafenverfahren – Asylbewerberleistungsgesetz

Einerseits erhielt die Bundeswehr 1992 mit den *Wehrpolitischen Richtlinien* einen neuen Auftrag zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Andererseits wurde am 20.5.1993 das Grundrecht auf Asyl vollends zerstört. Nach dem neu geschaffenen Art. 16 a GG kann sich auf Absatz 1 „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen *sicheren Drittstaat* einreist. Die Bundesrepublik, mitten in Europa, gewährt „Asyl nur noch für Fallschirmspringer“, kommentierte Pro Asyl. Zehntausende Demonstranten, darunter viele SPDler und Jusos, blockierten am Tag der Bundestagsabstimmung das Bonner Regierungsviertel. Aber die Mehrheit der SPD-Abgeordneten ermöglichte mit der CDU/CSU/FDP die Zweidrittel-Mehrheit.

In Folge der Drittstaatenregelung wurden tausende Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückgeschoben, ohne Prüfung und nicht selten mit Kettenabschiebungen ins Heimatland. Im Jahr 2012 waren es 4447 Zurückschiebungen nach Aufgriffen in der 30-km-Grenzregion sowie 3829 Zurückweisungen an der Grenze [7]. Außerdem wurde 1993 das Flughafenverfahren für Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsländern oder ohne Ausweise eingeführt. Ebenfalls 1993 und mit Zustimmung der SPD wurde das Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen. Damit werden Flüchtlinge mindestens vier Jahre lang aus dem deutschen Sozialhilferecht und in hohem Maße von

Gesundheitsversorgung ausgegrenzt. Der Hilfsanspruch für einen allein stehenden Flüchtling betrug bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.2012 nur zwei Drittel von Hartz IV, bei Flüchtlingsfamilien noch weniger. Dies wurde als verfassungswidrig verurteilt, weil es kein zweierlei Maß beim Existenzminimum geben darf und das Recht auf Menschenwürde migrationspolitisch nicht relativiert werden darf. Aber dieses Sondergesetz – eine tragende Säule des institutionellen Rassismus – existiert weiter, entgegen der Forderung nach Abschaffung vieler und entsprechender Gesetzesanträge von Bündnis 90/Grüne und der Linkspartei. Nur die Sätze des Taschengeldes wurden erhöht (von vorher 40,90 Euro auf nun 137 Euro pro Monat für Alleinstehende).

Festung Europa – Frontex – Eurosur: Krieg gegen Flüchtlinge

Zunächst gelang es der BRD, die Antragszahlen bis 2007 auf 19.164 jährlich zu drücken. Seither steigen die Zahlen wieder. Unterdrückung und Not lässt sich auf Dauer nicht aufhalten. Irgendwann finden Flüchtlinge wieder einen Weg, auch wenn er immer lebensgefährlicher gemacht wird. Zur verstärkten Flüchtlingsabwehr und zum Ausbau der Festung Europa wurde 2004 die europäische Grenzschutzagentur Frontex geschaffen. Diese erforscht Fluchtrouten und Abwehrsysteme und koordiniert den Kampf gegen Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen zu Luft, zu Land und zu Wasser mit militärischen Mitteln und einem laufend steigenden Etat, derzeit ca. 88 Mio. Euro/Jahr. An den Grenzen Europas wurden seit 1988 mindestens 19.000 tote Flüchtlinge gezählt; die Dunkelziffer ist viel höher. Die meisten Toten sind ertrunken, viele erstickt oder wurden durch Grenzminfelder oder Grenzschützer getötet [8]. Über die Tragödien vor Lampedusa am 3. Oktober 2013 und vor Malta am 11. Oktober 2013 wurde kurzfristig in den Schlagzeilen berichtet. Bei der Beratung der EU-Innenminister wies Innenminister Friedrich (CSU) alle Forderungen Italiens und Maltas nach Unterstützung so schroff von sich, dass die EU-Justizkommissarin Viviane Reding von „Bierzelt-Aussagen“ zur Begeisterung von Stammtischwählern sprach. Der Vorsitzende der Linkspartei Bernd Riexinger erklärte: „Friedrich versucht, die AfD rechts zu überholen.

So wird ein Klima erzeugt, das braune Banden ermutigt“ [9]. Zeitgleich zu den Tragödien von Lampedusa und Malta stimmte das europäische Parlament am 10. Oktober 2013 der Einführung von Eurosur zu. Mit neuen Kommunikationssystemen und Einsatz von Drohnen und Satelliten soll der Krieg gegen Flüchtlinge noch effektiver gestaltet werden. Bis zum Jahr 2020 sind hierfür in einer ersten Stufe 250 Mio. Euro bewilligt, nach einem anderen Bericht gar 339 Mio. Euro [10]. Nach einer von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie werden die Kosten für den Aufbau von Eurosur auf 874 Mio. Euro geschätzt. [11]

Dublin II

Weltweit sind ca. 44 Millionen Menschen auf der Flucht, davon ca. 16,5 Millionen außerhalb ihres Landes. Davon haben im Jahr 2012 nur knapp 300.000 in Europa einen Asylantrag gestellt. Innerhalb Europas schottet sich die Bundesrepublik ab. Die „Drittstaatenregelung“ von 1993 mit dem Schengen-Abkommen wurde zur Dublin-II-Verordnung von 2003 europaweit weiterentwickelt. Danach ist das europäische Land für ein Asylverfahren zuständig, das ein Geflüchteter zuerst betritt. Mit Eurodac wurde dafür ein europaweiter Fingerabdruckabgleich geschaffen.

In Deutschland kommen auf eine Million Einwohner 950 Asylbewerber [12]. Allein diese lächerliche Zahl sollte das ganze Geschrei ad absurdum führen. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt die BRD in Europa bei der Zahl der Asylanträge nur an 11. Stelle. Aber die BRD hat 2012 in 18.469 Fällen (18 Prozent der Asylanträge) ein Übernahmearbeitersuchen nach Dublin II an ein anderes europäisches Land gestellt, ohne die Fluchtgründe zu prüfen.

** Der Autor ist Mitglied der BI Asyl Regensburg (www.biasyl.wordpress.com) und im Sprecherrat Bayerischer Flüchtlingsrat (www.fluechtlingsrat-bayern.de)*

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Grundgesetz im Profil, Baustein E: Grundgesetzänderung Asyl
- [2] FR 9.8.1983, nach einem UNHCR-Bericht vom 1.7.1983
- [3] Bayerischer Landkreisverband 1978. In: Broschüre Bayerischer Flüchtlingsrat „Möchten Sie hier leben?“
- [4] Spiegel Nr. 23/1980
- [5] Bayerisches Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Statistische Mitteilungen März 1982
- [6] www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680374.html
- [7] Pro Asyl, Heft zum Tag des Flüchtlings 2013
- [8] <http://fortresseuropa.blogspot.de/2006/01festung-europa.html>
- [9] www.sueddeutsche.de/politik/unglueckvor-lampedusa-friedrich-sieht-keinen-aenderungsbeforder-bei-asylpolitik-1.1789960
- [10] www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Grenzueberwachungssystem-Eurosur-Orwell-laesst-gruessen-1977232.html
- [11] www.heise.de/newsticker/meldung/Studie-Scharfe-Kritik-an-Plaenen-fuer-EU-Grenzkontrollsystemen-1583901.html
- [12] www.sueddeutsche.de/politik/unglueckvor-lampedusa-friedrich-sieht-keinen-aenderungsbeforder-bei-asylpolitik-1.1789960



FORDERUNGEN AN EINE ANTIRASSISTISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK: EINFACH FORMULIERT – WIE DURCHSETZEN?

Die BRD spielt eine führende Rolle beim Ausbau der Festung Europa. Und innerhalb Europas schottet sie sich mit Dublin II von Flüchtlingen ab, auf Kosten der Grenzländer. Dabei leben Flüchtlinge im gebeutelten Griechenland buchstäblich auf der Straße und haben so gut wie keinen Zugang zu einem Asylverfahren oder Sozialleistungen. Die Zustände sind dort so katastrophal und so offensichtlich mit Menschenrechten unvereinbar, dass nach Griechenland keine Dublin-II-Abschiebungen mehr durchgeführt werden dürfen. Auch in Italien oder Ungarn werden Flüchtlinge nach einer gewissen Zeit auf die Straße gesetzt und der Obdachlosigkeit überlassen. Deshalb untersagen verschiedene Gerichte, bis hin zum Europäischen Gerichtshof, Abschiebungen auch dort hin. Dies muss derzeit in jedem Einzelfall individuell vor Gericht erstritten werden, mit unterschiedlichem Ausgang. In Hamburg kämpft eine Gruppe von Lampedusa-Flüchtlingen seit Monaten mit großer Unterstützung breiter Bevölkerungskreise für ein kollektives Bleiberecht.

Auf europäischer Ebene sind die Hauptforderungen folgende: Europa darf sich nicht einmauern – Das Sterben an den EU-Außengrenzen stoppen – Weg mit Frontex, Eurosur und Dublin II. Deutschland darf seine Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht auf ärmere Länder Europas und die europäischen Grenzstaaten abschieben. Deutschland muss also mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Für hier Lebende gilt folgende Hauptforderung: **Gleiche Rechte für alle – Menschen wie Menschen behandeln – Abschaffung der Sondergesetze**, d. h. konkret:

- Abschaffung Asylbewerberleistungsgesetz – Wiedereingliederung in das deutsche Sozialhilferecht
- Weg mit dem Arbeitsverbot

- Weg mit der Lagerpflicht und den Essenspaketen
- Weg mit der Residenzpflicht – Für das Recht auf Freizügigkeit
- Uneingeschränkte Gesundheitsversorgung auch für Geflüchtete
- Recht auf Deutschkurse und Ausbildung
- Anerkennung der Verfolgungsgründe – Bleiberecht für alle (Aufenthalts-erlaubnis spätestens nach 5 Jahren) – Keine Abschiebung
- Schaffung einer *Willkommenskultur* und der Internationalen Solidarität – Rassistische Einstellungen überwinden – Rassistische Gewalt bekämpfen!

Diese und weitere Forderungen und Positionen haben Pro Asyl, der Interkulturelle Rat und der DGB in der Broschüre „Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge“ vom Juni 2013 zusammengestellt und begründet. Die Jahreshefte von Pro Asyl, die Internetseiten von Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten enthalten dazu viele Informationen, Anregungen und unterstützenswerte Kampagnen, z. B. in Bayern die Nako-Kampagne „Stop deportations to Afghanistan“ oder das Projekt „Bleib in Bayern – Bildung und Arbeit für Flüchtlinge“.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge

Das ist ein alter Slogan von Pro Asyl. Ein Großteil der Fluchtursachen liegt im Weltwirtschaftssystem begründet. Laurant Sedago, der Landwirtschaftsminister von Burkina Faso, hat das folgendermaßen ausgedrückt: „Wenn ihr weiterhin unsere Baumwollernternten ruiniert, könnt ihr noch so hohe Mauern um Europa bauen, wir werden dennoch kommen.“ Und Jean Ziegler (Schweizer

Soziologe, bis vor einigen Jahren UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung) sagt: „Die Völker der armen Länder arbeiten sich zu Tode, um die Entwicklung der reichen Länder zu finanzieren. Das wirksamste Mittel des Nordens zur Herrschaft über den Süden ist heute der Schuldendienst.“

Ich spreche – wie viele Geflüchtete – von Imperialismus. „Wir sind hier, weil die bei euch Herrschenden unsere Länder ausbeuten und unterdrücken“, war das Motto einer Karawane von Geflüchteten zum Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Rostock-Heiligendamm. Ähnlich die Protestierenden von *refugeestruggle*: „Wir verließen unsere Herkunftsländer aufgrund von Krieg, Armut, täglichen Bombenexplosionen, aus konkreten politischen Gründen, Sanktionen und Besetzungen als Folgen von Imperialismus und gar mit Rückendeckung durch die NATO“ [1]. Land Grabbing in Sierra Leone und vielen afrikanischen Ländern, die Zerstörung einheimischer Märkte durch Importe von Hähnchen oder Tomaten großer Nahrungsmittelkonzerne oder die Zerstörung der Fischbestände und damit der einheimischen Fischerei an den Küsten Afrikas durch europäische riesige Fischfangflotten sind Beispiele dieses Imperialismus.

Bei der Betrachtung all dessen gilt aber auch das alte Motto „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. „Habt ihr je über die Bedeutung des Profits von verkauften Waffen aus Deutschland nachgedacht?“, fragen uns die Geflüchteten. Ich erinnere mich an den Slogan „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Der faschistische Militärputsch 1980 in der Türkei spielte sich mit direkter Unterstützung aus der BRD ab, und es folgte Militärhilfe in Milliardenhöhe zur Unterdrückung des kurdischen und türkischen Volkes. Im Krieg Iran–Irak 1980–1988 lieferte Westdeutschland Waffen in Milliardenhöhe an beide

Kriegsparteien. Am Zerfall Jugoslawiens, dem jugoslawischen Bürgerkrieg und dem völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Serbien war Deutschland ebenso direkt beteiligt wie im zehn Jahre dauernden Krieg in Afghanistan, mit der Folge, dass es dort jetzt mehr Tote, mehr Leid, weniger Sicherheit, dafür mehr Opiumproduktion denn je gibt. In Serbien und Mazedonien werden unter dem Druck aus Europa und Deutschland Pässe von abgeschobenen Roma konfisziert oder mit Sondermerkzeichen versehen und somit ihre systematische Unterdrückung und Diskriminierung noch verstärkt.

Mit den Geflüchteten kämpfen

Solange der Kampf gegen die Fluchtursachen und dabei gegen den Feind im eigenen Land nicht gewonnen ist, so lan-

ge haben wir eine ganz besondere Verantwortung für die Opfer dieser Politik, für die in unser Land Geflüchteten. Lassen wir sie nicht allein in ihrem Kampf um Menschenwürde und Bürgerrechte, in ihrem Kampf, wieder „Mensch zu werden“. Seit dem Suizidtod des iranischen Flüchtlings Mohammad Rashepar im Flüchtlingslager Würzburg im Januar 2012 entwickelte sich in der langen Geschichte von Flüchtlingsprotesten eine neue und bis heute anhaltende Phase der selbst organisierten Flüchtlingskämpfe mit Dauerprotestcamps, Protestmärschen und Hungerstreiks. Dabei ist ihr Kampf über die Verbesserung ihrer Lebenssituation hinaus ein Beitrag für mehr Menschlichkeit, für mehr Rechtsstaatlichkeit und mehr Demokratie in unserem Land! Die Unterstützung ihrer Forderungen und oben genannter Punkte sollte zu einer Aufga-

be aller demokratisch und menschlich Denkenden werden. Dafür gilt es zu werben und breite Bündnisse zu bilden, über die Grenzen unserer jeweiligen Partei, Organisation oder Gruppe hinaus. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen Unten und Oben.

** Der Autor ist Mitglied der BI Asyl Regensburg (www.biasyl.wordpress.com) und im Sprecherrat Bayerischer Flüchtlingsrat (www.fluechtlingsrat-bayern.de)*

Quellen und Anmerkungen:

[1] refugeestruggle.org, Aufruf zu den Aktionstagen 19./22. November 2013 in Regensburg, www.refugeestruggle.org



Gretl Aden

SIEG DER SOLIDARITÄT

Als die Flüchtlinge ihren Protestmarsch durch Bayern am 3.9.2013 im Münchner DGB-Haus beendeten, stießen scheinbar zwei Welten aufeinander: die Schutzsuchenden und -fordernden, geprägt von einem Leben mit Kriegen, Verfolgung, Hunger und Flucht; von der Erfahrung auch hier rechtlos und diskriminiert zu sein und in Elend leben zu müssen; bedroht von der Abschiebung in jene Länder, die man doch nicht aus Vergnügen, sondern des nackten Überlebens willen verlassen hat.

Auf der anderen Seite ein wohl geordnetes Gewerkschaftshaus in einem der reichsten Länder dieser Welt. In einem imperialistischen Staat, dessen herrschende Klasse ihren immensen Reichtum nicht nur aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Land, sondern auch aus der Ausbeutung der Völker jener Länder zieht, aus denen die Flüchtlinge kommen. Einer Klasse, die mit Hilfe ihres Staates diese Länder mit Waren und Kapital von sich abhängig macht, jede eigenständige Entwicklung verhindert, Kriege und Unruhen schürt, um den eigenen Einfluss zu verteidigen. In einem Land, in dem der Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften noch in wohl geordnete Bahnen gelenkt wer-

den kann. Wo die Wettbewerbsfähigkeit der Kapitalisten die Hirne so mancher Gewerkschaftsführer mehr beschäftigt, als die Lage der Arbeiter, und internationale Solidarität zum Lippenbekenntnis verkommt. Wo so – statt Dämme gegen den herrschenden Meinungsmist aufzubauen – Einfallstore für Rassismus und Nationalismus unter den Arbeitern zustande kommen.

Von daher war durchaus nicht klar, was nun passiert nach diesem 3. September. Da waren diejenigen, die ihre gewohnte Ordnung in Unordnung geraten sahen oder gar diejenigen, die drohten, ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft aufzukündigen, wenn die Flüchtlinge bleiben dürfen. Die Faschisten von Pro Deutschland meinten, sie könnten dies ausnutzen und kündigten eine Protestveranstaltung vor dem Münchner Gewerkschaftshaus an mit der bodenlos dreisten Behauptung, sich mit dem DGB „gegen die Scheinasylanten solidarisch“ zeigen zu wollen.

Doch da waren auch all die haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschafter, die sich sofort daran machten, die Flüchtlinge zu unterstützen. Die begannen Spenden zu sammeln, die Ver-

pflung zu organisieren und mit im Gewerkschaftshaus zu übernachten. Die dafür trommelten, die Flüchtlinge willkommen zu heißen und jeden Abend Veranstaltungen im DGB-Haus organisierten, um mit den Flüchtlingen die Gewerkschafter hier über deren Situation zu informieren. Um zu zeigen, dass diese Menschen Kolleginnen und Kollegen sind, die wie wir ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können. Und dass es nur uns allen nutzt, wenn wir ihre Forderungen unterstützen, um unsere Spaltung zu überwinden.

So war es ein Sieg des unerschrockenen Kampfes der Flüchtlinge und der Solidarität, dass sie zwölf Tage im Münchner Gewerkschaftshaus Zuflucht fanden; ein kleiner Sieg der Erkenntnis, dass nicht zwischen den Flüchtlingen und den Arbeitern zwei Welten bestehen, sondern der Riss in dieser Welt woanders verläuft.

Aus: Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 345

Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck.

ES KANN LEGITIM SEIN, WAS NICHT LEGAL IST!

Die Toten von Lampedusa führten zu vielen Krokodilstränen von Politikern und Erklärungen über eine andere Flüchtlingspolitik, die notwendig sei. „Das Mittelmeer darf nicht weiter ein Massengrab für Flüchtlinge sein“, sagte Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (CDU). Ob sie dabei daran denkt, dass Kapitäne und italienische Fischer, die Schiffbrüchige retten, wegen Beihilfe zur „illegalen Einwanderung“ angeklagt werden? Die Fischer verlangen die Aufhebung dieser Gesetze.

Was die noch im Amt befindliche Regierung wirklich unter einer anderen Flüchtlingspolitik versteht, erklärte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU): Er forderte eine schärfere Strafverfolgung für „kriminelle Schleuser“. Kritik an der europäischen Grenzschutzagentur der EU – Frontex – wies er zurück. Der Vorwurf, Europa schote sich ab, sei falsch. Im Klartext: Er will keine Erleichterung der Einreise, sondern eine Optimierung und Verschärfung von Frontex, also noch mehr Überwachung und Abschreckung. Dafür erhält Frontex – eine private, kaum überwachte Agentur – allein von Deutschland 88 Millionen Euro. Dass mit solchen Maßnahmen die Zahl der Toten im Mittelmeer noch steigen wird, nachdem der Landweg nach Griechenland schon verrammelt wurde, muss auch ein Herr Friedrich wissen.

Aber auch diejenigen, die es schaffen nach Deutschland zu gelangen, werden bitter enttäuscht. In diesem Jahr führte schon der zweite Protestzug von Flüchtlingen nach München, ein weiterer hatte Berlin als Ziel. Der erste endete in München mit einem Hungerstreik Ende Juni auf dem Rindermarkt: Ist die Situation der Flüchtlinge so verzweifelt, dass sie sogar den Tod in Kauf nehmen? Sie antworteten uns selbst:

„Wir sind Non-Citizens. Das heißt, wir haben in diesem Staat keine bürgerlichen Rechte. Wir erleben täglich Drohungen von Behörden. Vor unseren Lagern sind wir von faschistischen und rassistischen Angriffen bedroht, wie vor

20 Jahren in Rostock und heute in Berlin-Hellersdorf und vor dem Münchner DGB-Haus. Wir dürfen uns nicht frei bewegen. Wir wurden in die Non-Citizen-Lager verdammt. Unser Essen wird willkürlich von Oben bestimmt. Das Recht auf Arbeit wird uns verweigert. Täglich leben wir in Angst vor Abschiebung in ein Land, das uns kein gutes Leben bieten kann. Unsere Asylanträge werden auf die lange Bank geschoben, nur um am Ende abgelehnt zu werden. Selbst das Recht auf freie Meinungsäußerung wird uns vom bayerischen Innenministerium abgesprochen. Deshalb fordern wir: Sofortiges Ende aller Abschiebungen, Anerkennung unserer Asylanträge, Abschaffung der Residenzpflicht* und Schließung der Non-Citizen-Lager.“ (Erklärung der Flüchtlinge bei der DGB-Kundgebung „Umfairteilen“ am 7.9.2013)

Am 3. September suchten 60 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern, darunter aus Syrien, Afghanistan, Iran und Pakistan, nach einer Protestkundgebung im DGB-Haus in München Zuflucht. Auf Draht führte dazu ein Interview mit Hedwig Krimmer, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di.

AD: *Bei allen Aktionen der Flüchtlinge ging die Polizei sehr hart gegen sie vor – wie ist das möglich?*

H.K.: Dass gegen die Schwächsten am härtesten vorgegangen wird, ist bekannt. In Bayern gilt das nochmal besonders! Genau deswegen brauchen die Flüchtlinge unsere Solidarität.

AD: *Warum suchten sie Zuflucht beim DGB in München?*

H.K.: Das ist eigentlich eine Frage an die Non-Citizens. Aber ich meine: Sie haben völlig zu Recht darauf gehofft, von der größten Arbeitnehmerorganisation politische und praktische Unterstützung zu bekommen.

AD: *In der Zeit der faschistischen Terrorherrschaft mussten viele Menschen aus Deutschland fliehen: Juden, Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter – das sollte für uns eine Verpflichtung sein, Menschen,*

die vor Krieg und Verfolgung fliehen, aufzunehmen. Doch viele Kolleginnen und Kollegen sehen diesen Zusammenhang nicht, wie Mathias Jena, der bayerische DGB-Vorsitzende, berichtet: „Aus der eigenen Mitgliedschaft erreichen uns viele wütende Anrufe, wie wir denn auf die Idee kommen könnten Mitgliedergelder für diese Menschen auszugeben.“ Wie können wir der Vernebelung der Köpfe entgegentreten und sie überzeugen, warum das richtig und notwendig war?

H.K.: Indem wir tun, was richtig und notwendig ist. Genau das haben wir getan und genau das hat zum Erfolg geführt.

AD: *Welchen Erfolg hatten die Flüchtlinge mit ihrem Protest?*

H.K.: Mir scheint der wichtigste Erfolg zu sein, dass sie die Gewerkschaften dazu gebracht haben, sich auf ihre Seite zu stellen. Sie haben in diesen wenigen Tagen mehr bewegt als zig Beschlüsse auf zig Konferenzen.

AD: *Was können wir als Gewerkschafter tun angesichts der faktischen Beseitigung des Asylrechts in der BRD?*

H.K.: Das erste und wichtigste ist meines Erachtens zu begreifen: Die Flüchtlinge sind ein Teil von uns.

Erklärung des bayerischen DGB-Vorsitzenden Mathias Jena:

„(...) Gewerkschafter mussten in der Zeit des Hitlerfaschismus zu tausenden in die Schweiz, in die USA und viele andere Länder flüchten und haben dort Asyl erhalten. Auch deshalb haben Gewerkschaften eine besondere – auch historische – Verantwortung.

Auch deshalb kritisiert der DGB seit langem die restriktive und teilweise unmenschliche Asylpolitik in Deutschland und insbesondere in Bayern. Der DGB fordert eine Lockerung des strikten Arbeitsverbotes für Asylbewerber, menschenwürdigere Unterkünfte, die Abschaffung der Essenspakete sowie der sog. Residenzpflicht*, die es in dieser rigiden Form nur noch in Bayern und

Sachsen gilt. Das habe auch ich persönlich mehrfach in Reden, Interviews und auf Veranstaltungen deutlich gemacht. Insoweit teilen wir viele Forderungen der Asylbewerber, die nun zu Gast bei uns im Haus sind.“ (...)

* Die Residenzpflicht ist eine gesetzliche Regelung, die Flüchtlinge massiv in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt. Sie dürfen den Landkreis oder die kreisfreie

Stadt, in dem bzw. der sich ihr Flüchtlingslager befindet, nur auf Antrag verlassen. Ein Anrecht auf eine Reiseerlaubnis zum Besuch von Familienmitgliedern und Freunden, Gottesdiensten oder Kulturveranstaltungen besteht nicht. Die Residenzpflicht hat in Deutschland ihre Wurzeln im Dritten Reich, wurde im Apartheids-Südafrika vollzogen und ist europaweit nahezu einmalig.

(Aus „Auf Draht“, Betriebszeitung der DKP München und der Gruppe KAZ, 29.10.2013)



Bezirksvorstand der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

REFUGEES WELCOME – FIGHT FOR YOUR RIGHTS!

Seit mehr als einem halben Jahr kämpfen in Hamburg etwa 300 Menschen um ihr Recht, in Hamburg leben und arbeiten zu können. Sie sind 2011 vor dem Krieg in Libyen geflohen, der durch Staaten der NATO gezielt gegen die Regierung Gadaffis eskaliert worden war.

Die derzeitige Politik des Senats der Stadt Hamburg, die sich durch Brutalität und Unmenschlichkeit gegenüber den Flüchtlingen auszeichnet, macht deutlich, dass dieser Krieg nicht für die Verwirklichung von Menschenrechten geführt wurde.

Die Gründe für den Krieg gegen Libyen liegen vielmehr in der Sicherung der Kontrolle der dort vorhandenen und noch vermuteten Erdölreserven, sowie der weiteren wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der imperialistischen Staaten. Bereits 2011 berief der damalige Wirtschaftsminister Rösler ein Treffen mit den wichtigsten deutschen Wirtschaftsverbänden ein, um nach dem Krieg eine gute Ausgangsstellung für die deutsche Wirtschaft bei der Neustrukturierung und Neuaufteilung der libyschen Wirtschaft zu erreichen.

Die Menschen, die nun in Hamburg Zuflucht suchen, sind die Leidtragenden dieser imperialistischen Politik. Von Beginn an haben sie sich organisiert,

ihre Forderungen formuliert und sind für ihre Rechte auf die Straße gegangen. Viele Menschen in Hamburg haben sich mit ihnen solidarisiert, aber es gibt auch Stimmen, die kundtun, es gäbe auch ohne Flüchtlinge schon genug Probleme und Armut hier in Deutschland.

Das stimmt auch, die Verantwortung hierfür liegt aber nicht bei den Flüchtlingen, sondern bei den gesellschaftlichen Verhältnissen, die im Interesse einer Minderheit aufrecht erhalten werden und die auf der einen Seite Reichtum und Überfluss produzieren und auf der anderen Seite Elend.

Unter kapitalistischen Verhältnissen werden wir zueinander in Konkurrenz gesetzt, sei es um den Arbeitsplatz, die Wohnung oder die Krümel des gesellschaftlichen Reichtums. Wenn wir uns diesen Verhältnissen nicht unterwerfen wollen, müssen wir uns organisieren, gemeinsam für unsere Rechte kämpfen und an die Stelle der Konkurrenz unsere Solidarität setzen. Wir können nur stark und erfolgreich werden, wenn wir Solidarität entwickeln und begreifen, dass der Streit der Flüchtlinge für ihr Recht auch unser Streit ist.

Nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes können die oberen Landesbehörden aus humanitären Gründen einer Grup-

pe eine Aufenthaltserlaubnis erteilen, somit liegt es maßgeblich in Händen von Olaf Scholz und Michael Neumann, 300 Menschen, die vor dem Krieg flüchten mussten und unter Lebensgefahr das europäische Festland erreicht haben, eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben hier in Hamburg zu geben.

Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen auf, sich zahlreich an der Demonstration „Lampedusa in Hamburg“ am 2. November zu beteiligen. Nur durch ausreichenden politischen Druck auf den Senat werden wir die Forderungen nach Anerkennung nach § 23 Aufenthaltsgesetz durchsetzen können.

Unterstützt den Kampf für das Bleiberecht mit Spenden und beteiligt Euch an den MittwochsDemonstrationen zum Hamburger Rathaus!

Hängt in Euren Betrieben die Aufrufe für die Demonstrationen an die Gewerkschaftsbretter und spricht mit Kolleginnen und Kollegen.



DER ANTI-RASSISTISCHEN BEWEGUNG DIE SPITZE GENOMMEN

Vom 15. Oktober bis 3. Dezember 1983 marschierte ein kleines Häufchen junger Leute aus einem Lyoner Vorort unter Führung eines couragierten katholischen Pfarrers nach Paris, um ein Blutbad unter jungen Menschen aus dem Maghreb anzuprangern. Der von Gandhi und Martin Luther King inspirierte Demonstrationszug für Gleichheit und gegen Rassismus schwoll bis Paris auf etwa 100.000 Protestierende an. Gefordert wurden eine Aufenthaltserlaubnis über zehn Jahre in Frankreich und das allgemeine Wahlrecht. Erstere ist noch heute nur über sehr viele Restriktionen zu erlangen, das Wahlrecht für Ausländer bleibt schlichtweg seit Jahrzehnten bei jeder Präsidentenwahl *nur Versprechen*.

Der damalige Präsident Mitterand empfing eine Abordnung des Protestzuges und verteilte großzügig zehnjährige Aufenthaltsgenehmigungen. Damit nahm er der Protestbewegung die Spitze. Märsche in den Folgejahren erreichten nie wieder eine solche Beteiligung. Die herrschende Sozialdemokratie machte 1984 aus einem Teil der anti-rassistischen Bewegung die Organisation SOS Racisme – unter dem Sponsoring diverser französischer Unternehmen. Der langjährige Präsident von SOS Racisme ist Harlem Désir, heute Chef der Sozialistischen Partei (PS). Andere Gruppengründungen unter starker Einflussnahme der PS folgten. Sie sind dem aufgeklärten demokratischen Denken des Bildungsbürgertums bei gleichzeitiger strikter Ablehnung kommunistischer Bewegungen verhaftet. Auf diesem Boden wuchs auch ein Feminismus, in dessen Namen und im Zeichen des Laizismus z. B. Gesetze zum Verbot des Tragens religiöser Symbole (die stark in den Bekleidungsmodus noch traditionell verhafteter Mädchen eingreifen) und des Tragens eines integralen Schleiers (Burka) im öffentlichen Bereich durchgesetzt wurden. Diese Gesetze diskriminieren nicht nur die gläubigen Moslems, sondern säen auch Streit unter den Linken, da manche glauben, Religionen mit Gewalt bekämpfen zu müssen.

Am 27. November organisierte die PS ein „Meeting für die Verteidigung der Republik gegen den Extremismus“. Es stellte eine Reaktion auf den verbalen Angriff auf die aus Übersee stammende Justizministerin der PS im Parlament (!) dar: „Äffin, geh deine Banane essen!“ hatte ein Rechter lanciert. Die Regierung reagierte also zum einen auf ihre direkte Bedrohung. Zum anderen übernahm sie kurzentschlossen (und gegen den Willen der meisten teilhabenden Organisationen) die Führung des Protestes „Für gleiche Rechte und gegen Rassismus“ anlässlich der 30. Wiederkehr der Anti-Rassismus-Märsche. Dieser Marsch, zu dem mehr als 50 verschiedene Organisationen – nicht aber SOS Racisme – aufgerufen hatten, um gegen die rassistischen Maßnahmen der Herrschenden zu demonstrieren, wurde von den Medien zur antirassistischen Maßnahme der Regierung erklärt. Damit hat sich das wiederholt, was 30 Jahre zuvor klang- und sanglos zu Ende ging.

„Frankreich ist kein rassistisches Land“ ...

... so Innenminister Manuel Valls. Die neue sozialdemokratische Regierung steht in der Tradition vieler ausländerfeindlicher und rassistischer bürgerlicher Regierungen und verpasst sich nur hin und wieder einen anti-rassistischen und demokratischen Anstrich. Innenminister Valls und seine Polizeigarden räumen gnadenlos und brutal die Notunterkünfte der Roma und schieben Ausländer ab. Von November bis Januar 2013 empörte in Lille ein über 60 Tage dauernder Hungerstreik afrikanischer Sans Papiers die progressive Öffentlichkeit. Mit halben Zugeständnissen wurden sie zum Aufgeben gezwungen. In Lille ist die sozialdemokratische Politikerin Martine Aubray Bürgermeisterin.

Die arbeitslosen Minenarbeiter der Region und die Gruppierungen gegen Rassismus und Sozialabbau duldeten hier und auch anderswo keine Vereinnahmung ihrer Demonstration für die

Rechte der Immigranten und gegen Rassismus.

Seit die „sozialistische“ Regierung Hollande im Amt ist, sind die Rechten und extremen Rechten auf der Straße, entweder demonstrierend gegen die „Hochzeit für alle“ oder mit Randalen der Rotkappen in der Bretagne und um Paris gegen die Umweltsteuer für Unternehmen, wobei soziale Rechte der Arbeiter unter den Tisch fielen. Die breit angelegte, umfassend verbreitete Propaganda hat einen rassistischen und zutiefst undemokratischen Inhalt: Wider den Angriff auf unsere christlich-abendländische Kultur, Sparmaßnahmen ja, aber bei den Ausländern, Änderung der Rechte auf Staatsbürgerschaft (Abschaffung des Territorialrechtes und Verschärfung des Blutrechtes), Zurückschicken von Ausländern in ihre Ursprungsländer.

Die „Stärkung der Nation“

Das veränderte Kräfteverhältnis nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in Europa, der Ausbruch im kapitalistischen und imperialistischen System begründeter Krisen, die EU-Erstarkung und -Erweiterung sind nicht Ursache des Erstarkens der rassistischen und neofaschistischen Kräfte. Diese werden gebraucht, um die Wut der sozial Deklassierten abzuwehren und um Menschen mit sozialistischen Ideen und Erfahrungen zu bekämpfen.

Der Imperialismus versucht hier die Quadratur des Kreises: Er braucht die Nation, aber er kann sie nicht – und schon gar nicht gleichberechtigt – zusammenbringen. Das französische Finanzkapital braucht im Konkurrenzkampf die volle Unterstützung der französischen Regierung. Es stellt nur einen winzigen Bruchteil der französischen Nation dar, maßt sich aber an, im Namen der gesamten Nation zu reden.

Die Niederhaltung des eigenen Volkes und die Niederhaltung der Völker, die im Zuge kolonialistischer und impe-

rialistischer Raubzüge der Vernichtung preisgegeben werden, sind eine Seite der Medaille des Klassenkampfes von oben. Die Menschen, die sich aufgrund der Erfahrung, dass über Jahrzehnte billige Arbeitskräfte aus kolonialen Ländern importiert wurden, nach Europa zu retten suchen, sind das Ergebnis imperialistischer Raubzüge. Zu den Zieländern der Immigranten gehört auch Frankreich.

„Nach Angaben der UNO gab es 2010 in Frankreich 7,2 Mio. Immigranten (also 11,1 Prozent der Bevölkerung), wovon 5 Mio. (7,8 Prozent) außerhalb der Europäischen Union geboren wurden. (...) Der Anteil der Immigranten an der französischen Bevölkerung ist seit den siebziger Jahren stabil. Aber die im Maghreb geborenen Menschen sind jünger und nehmen einen bedeutenden Teil (31 Prozent) unter den heutigen Immigranten ein. Da sie häufig gering qualifiziert und Opfer von Diskriminierung bei Einstellungen sind, sind sie öfter arbeitslos.“ Der Soziologe François Heran schätzt ein, dass *einer von vier* Franzosen wenigstens einen immigrierten Großelternanteil hat, und dass eine Generation weiter sich das Verhältnis auf 1:3 verändert haben wird. [1]

Als die Krisen sich in immer kürzeren Intervallen wiederholten und die gemeldeten Arbeitslosenzahlen stiegen (aktuell 10,5 Prozent) und weiter steigen, gleichzeitig aber noch billigere Arbeitskräfte aus dem Osten Europas zur Verfügung stehen, mussten Beruhigungsmittel gesucht werden. Wie vor großen Kriegen wurde die angeblich einige Nation propagiert,

- also die Klassenfrage verschleiert, um aus den Menschen eine nationale Masse zu formen
- die französischen sozialen Bewegungen und Religionen (auch der muslimischen) zur Unterstützung der nationalen Bestrebungen im Interesse des Kapitals herangezogen
- dagegen Arbeiter ohne französischen Pass von der Arbeiterklasse des Inlands separiert, um den französischen Arbeitern eine scheinbare soziale Herstellung vorzuspiegeln.

Die neue alte Musik des Front National

Die großen Diskussionen im November 2013 über Rassismus nutzten dem FN. Er zog öffentlichkeitswirksam Kandidaten für die Kommunalwahl 2014, die mit rassistischen Ausfällen aufgefallen waren, zurück. Der FN schickt sogar der Bevölkerungsstruktur entsprechend Menschen arabischen und afrikanischen Ursprungs in den Wahlkampf und nutzt dies demagogisch für das nationale Identifizierungsschauspiel. Geändert hat sich aber nur seine Demagogie, die faschistische Ideologie bleibt. Man möge die Drohung Marine Le Pens im Ohr behalten: „... und wenn wir an der Macht sind, wird nicht allen gefallen, was wir tun.“

Das neue Programm will für den Fall vorbeugen, „dass die EU eine Niederlage erleidet und sich anschickt, einer schlechten Richtung zu folgen ...“ Nach ihm zu urteilen, sind die Hintermänner der FN in der Rüstungs-, Nuklear- und Bauindustrie, in der Diplomatie, unter hohen Militärs und bei den Großagariern zu suchen. Dafür sprechen seine Ziele: der Aufbau eines weltweit militärisch starken Zentralstaates, Beibehaltung der Nuklearindustrie, die Erweiterung der Infrastruktur (Straßen-, Schienennetze in staatlicher Hand), der Ausbau der Landwirtschaft als Rückgrat. Vorgesehen ist das Primat des nationalen Rechts, ein umfassender Abbau der Demokratie in allen Bereichen, die strenge Bestrafung eines „antifranzösischen Rassismus“. Der innere Feind bleibt der Andersgläubige, der Moslem. Zeitgemäß hinzugesetzt werden Phrasen über Frieden, Solidarität und Internationalismus. Antiisraelisches Verhalten bleibt obsolet, Kommunisten existieren in dieser „abendländischen Kulturgesellschaft“ nicht.

Dieses Programm wird öffentlich im Internet vertrieben. Die Konsultative Nationale Kommission der Menschenrechte (CNCDH) hat eine Steigerung antisemitischer Akte um 58 Prozent und gegen Muslime um 34 Prozent zum Vorjahr konstatiert. Die Sozialdemokraten peitschen unterdessen Antisozial- und Kriegsbegünstigungsgesetze durchs Parlament.

Das französische Volk ist wie alle Völker in seiner Mehrheit nicht rassistisch eingestellt. Die bisher einzige progressive Kraft, die organisiert und gezielt an der Veränderung der Gesellschaft arbeitet, ist die Front de Gauche, und in ihr ist die auf der Basis des demokratischen Zentralismus arbeitende Parti de Gauche am organisiertesten. Sie propagiert das lateinamerikanische mehrnationale System, das auch in Europa Anregungen für eine unter wirklicher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit lebende Gesellschaft geben kann. Wenn die vielen gesellschaftlichen Organisationen, kommunistischen Gruppen, Linksozialdemokraten und die PCF eine große Vereinigung erreichen können, kann der Front National zurückgedrängt werden. Um Rassismus und Faschismus auszurotten, braucht es allerdings eine demokratisch-antifaschistische Republik – mit dem Ziel, in eine sozialistische überzugehen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Nach www.legrandsoir.info/beziers-laboratoire-de-la-dediabolisation-du-fn.html



„RECHTSPOPULISMUS“ ODER WAS?

Thesen zur faschistischen Gefahr

Seit einigen Jahren treten rechte Parteien auf, die Wert darauf legen, zu den traditionellen faschistischen Parteien und zum Hitler-Faschismus auf Distanz zu gehen.

Sogar eine Partei wie der MSI, Nachfolgebewegung des italienischen Faschismus, deren Chef Gianfranco Fini noch 1994 den faschistischen Diktator Benito Mussolini als „den größten Staatsmann des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete, wurde von eben jenem Fini im Laufe der 1990er Jahre in die *Alleanza Nazionale* (AN) umgewandelt. Fini distanzierte sich vom Faschismus und konnte in die Regierung Berlusconi eintreten.

Es ist üblich geworden, diese Parteien, wie z. B. die FPÖ in Österreich, den Front National in Frankreich, die Schwedendemokraten, die Wahren Finnen oder die niederländische PVV von G. Wilders, *Rechtspopulisten* zu nennen. Dieser Begriff verharmlost die betreffenden Organisationen, impliziert den Begriff „Linkspopulismus“, bedient also die Totalitarismuskritik und ist deshalb für analytische Aufgaben und für die linke Publizistik untauglich. Hier wird aus diesem Grund stattdessen der Begriff *Ultrareaktionäre* verwendet. Aber was unterscheidet sie von den offenen Faschisten?

Untersucht man deren Rolle für das Kapital, so sind es vor allem folgende fünf Funktionen:

1. Sie sorgen für eine ideologische Entwicklung immer weiter nach rechts: Ausländer und Asylbewerber raus, Ruf nach Sicherheit und Ordnung, Nationalismus und Chauvinismus, Antikommunismus usw. Sie begleiten die Demontage der bürgerlichen Rechte mit dem Ruf nach dem starken Staat.
2. Sie führen Teile des konservativen Lagers, z. B. die Burschenschaften und die Vertriebenenverbände, an die faschistische Ideologie heran.

3. Sie werden für eine Kanalisierung der antikapitalistischen Kritik in rechte Bahnen gebraucht, da die soziale Unzufriedenheit steigt und die Bourgeoisie auf die Verarmung weiterer Teile der Arbeiterklasse und der Mittelschichten hinarbeitet. Arbeiter und Angestellte sollen für das rechte Lager gewonnen und von den Kommunisten und Sozialisten ferngehalten werden. Im Gegensatz zur historischen Entwicklung, wo es den Faschisten bis zu ihrem Machtantritt nicht gelang, eine Massenbasis in der Arbeiterklasse zu finden, ist dies heute durchaus eine Gefahr.

4. Sie stehen gleichzeitig bereit für die Stimmungsmache gegen Linke und die Verfolgung von Minderheiten – so von „Ausländern“, insbesondere „Islamisten“, Flüchtlingen und Juden. Die Bourgeoisie benützt sie als Schläger- und Mördertruppe gegen Linke, an den Rand der Gesellschaft Gedrängte, Migranten.

5. Sie binden mit ihrem Auftreten einen Großteil der Energie der Antifaschisten, die – in ihrer Mehrheit – in ihnen die eigentliche Bedrohung sehen und sich auf den Kampf gegen sie konzentrieren.

Unterschied zwischen Ultrareaktionären und Faschisten

Auch Ultrareaktionäre aller Schattierungen decken einen beachtlichen Teil der oben genannten Funktionen ab. Ihre ideologischen Grundlagen sind ebenfalls Rassismus, Nationalismus und Antikommunismus. Was die Ultrareaktionäre als Strömung hauptsächlich von faschistischen Organisationen unterscheidet, ist, dass sie vorgeben, den Rahmen des gegebenen politischen Systems anzuerkennen und auf den Unterhalt terroristischer Banden zu verzichten. Sie distanzieren sich von den offenen Faschisten, was aber nicht bedeutet, dass Faschisten nicht die heimlichen Drahtzieher innerhalb dieser Organisationen sind; Beispiel: die FPÖ Jörg Haiders.

Für die BRD erhebt sich die Frage, warum bisher kein Projekt dieser Art von Erfolg gekrönt war. Dass das Potenzial dafür vorhanden wäre, zeigt z. B. die große Zustimmung zum „Sarrazyntismus“ oder neuerdings der Aufstieg der AfD. Warten die Vertreter des Monopolkapitals ab, wer sich in der rechten Szene durchzusetzen in der Lage ist? Oder reicht ihnen die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie noch aus, um die Arbeiterklasse an den Kapitalismus zu binden und sie vom antikapitalistischen Kampf abzuhalten? Oder beides? Offensichtlich sind sich die Vertreter des Monopolkapitals noch nicht einig, welche Strategie sie einschlagen wollen.

Innerhalb der beiden Herrschaftsformen der Bourgeoisie gibt es eine große Bandbreite an reaktionären Organisationen, die unterschiedliche Schwerpunkte setzen. In den zwanziger Jahren gab es ein bis zwei Dutzend Grüppchen, die sich gegenseitig garnicht grün waren und die alle um die Aufmerksamkeit und Unterstützung durch das Kapital buhlten. Erst etwa drei Jahre vor dem Faschismus setzten die Herren des Monopolkapitals auf die Hitler-Partei.

Der Begriff des *Rechtspopulismus* dient dazu, die Gefahr des Faschismus nicht zu benennen und die Staatsfrage zu vermeiden. Auch eine Regierung von Ultrareaktionären kann zu einer anderen Staatsform führen. Das hängt allerdings nicht von ihnen ab, sondern von der objektiven gesamtgesellschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung, die das Monopolkapital dazu drängt, die Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – die offene terroristische Diktatur – voranzutreiben. Die sogenannten *Rechtspopulisten* markieren also ebenso Vorbereitungsetappen für den Faschismus wie die Neofaschisten – diese Gefahr müssen wir benennen.

Zur antifaschistischen Strategie

Der Kampf gegen die faschistischen Parteien und die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen ist richtig und notwendig, um wenigstens ihre finanziellen und propagandistischen Möglichkeiten einzuschränken und ihnen die Legalität abzuerkennen. Das Eintreten der Bourgeoisie für die Neonazis, Schutz und finanzielle Unterstützung, zeigt, dass sie nicht nur als Hilfstruppen dienen, sondern dass sie in Reserve gehalten werden für eine Zeit „wenn es in der Wirtschaft hagelt“ (Bundesminister Paul Lücke unter Adenauer), letztlich als Reserve für eine andere Staatsform der offenen Diktatur, die allerdings ein ganz anderes Gesicht als das der Hitler-Partei haben müsste. Denn auf eine Partei wie die NPD und andere, die sich unverdrossen zum Nationalsozialismus bekennen, wird die Bourgeoisie nicht setzen. So sieht es zumindest bisher aus, vermutlich weil im In- vor allem aber im Ausland der historische deutsche Faschismus diskreditiert ist.

Da braucht es neue Formen, wie sie die ultrareaktionären Parteien anbieten. Noch existiert in Deutschland keine solche Partei mit Masseneinfluss. Noch schafft es das Kapital, die Krise im Griff zu halten, ja sogar aus ihr gestärkt und als Sieger hervorzugehen. Doch es trifft Vorbereitungen nach innen wie nach außen. Wir können nicht darauf vertrauen, dass die Menschen durch die Krise von selbst auf den Charakter des kapitalistischen Systems gestoßen werden. Im Gegenteil, wie die historische Erfahrung zeigt, sind Krise und Armut der soziale Nährboden für die Demagogie der Faschisten.

Dass ein Verbot die faschistischen Organisationen nicht erledigt, wissen wir. Doch die Stoßrichtung gegen sie reicht nicht aus. Wir müssen in der antifaschistischen Bewegung thematisieren, dass die Demontage der bürgerlichen Demokratie, der Überwachungsapparat, die innere Militarisierung ebenfalls im Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen betrieben wird – dass die Hauptgefahr für eine andere Republik vom Staatsapparat ausgeht, den das Monopolkapital dominiert [1]. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ – Antifaschismus und Antikapitalismus gehören zusammen.

Wie vor hundert Jahren?

Die Krise verschärft die Rivalität und Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander. Die unterlegenen Imperialisten innerhalb der EU – England und Frankreich – suchen sich wieder anzunähern, um dieses unverschämte Deutschland, das nicht nur die Führungsrolle in Europa beansprucht, sondern inzwischen auch offen Weltmachtambitionen hat, zurückzupfeifen. Die Machtfrage kehrt zurück. Und das heißt die Kriegsfrage.

Das Eskalationspotenzial solcher Machtkämpfe darf nicht unterschätzt werden. Im März 2013 hat der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker öffentlich erklärt, er sehe starke Parallelen zur Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg: „Mich frappiert die Erkenntnis, wie sehr die europäischen Verhältnisse im Jahr 2013 denen von vor 100 Jahren ähneln.“ Wie schnell bestehende Spannungen eskalieren könnten, hätten etwa die Proteste gegen die deutschen Spardiktate in Griechenland und in Italien gezeigt: „Plötzlich kamen Ressentiments hoch, von denen man dachte, sie seien definitiv abgelegt.“ Juncker warnte in ungewöhnlicher Offenheit: „Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.“ [2]

Ob nun der Krieg den Wechsel der sozialen Hauptstütze erfordert, oder der Faschismus zum Krieg führt – beide Optionen bestehen für das Monopolkapital. Der demokratisch-antifaschistische Kampf hat eine immense Bedeutung im Klassenkampf. Er ist nötig für die Ausweitung des demokratischen Spielraums der Arbeiterklasse: einerseits die Durchsetzung demokratischer Rechte wie z. B. eines uneingeschränkten Streikrechts, eines nicht kastrierten Demonstrations- und Versammlungsrechts usw. und andererseits Verbot der faschistischen Organisationen, die Entfernung der Ultrareaktionäre aus dem Staatsapparat.

Innerhalb der Etappe des Kampfes für den Sozialismus wird die Niederschlagung der faschistischen Hilfstruppen und der dem Faschismus Vorschub leistenden Kräfte im Staatsapparat ein wichtiger Schritt sein müssen. Wenn

die Arbeiterklasse diesen politischen Kampf als ihre Aufgabe begreift, wird sie auch ihre Stellung bei ihren Bündnispartnern in der demokratisch-antifaschistischen Bewegung stärken und damit die Ausgangslage für den Hauptangriff gegen Regierung und Kapital verbessern.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Siehe T&P 22, S. 9 + 11, MB 6/2010, S. 94
- [2] Euro-Krise: Juncker spricht von Kriegsgefahr in Europa; www.spiegel.de 10.3.2013



FÜR EINE ANTIKAPITALISTISCHE ANTIFA-POLITIK

Es ist kein Zufall, dass T&P neben dem Thema Antirassismus auch das Thema Antifaschismus in diesem Heft von T&P aufgreift – Rassismus ist schließlich eine Kernkomponente faschistischer Ideologie.

Auf einer Veranstaltung in Hamburg [1] formulierte Hans-Peter Brenner Grundpositionen. Wir zitieren aus einem Bericht über die Veranstaltung:

„Nach Lenin gebe es zwei Grundformen kapitalistischer Herrschaft: Die Methode der Zugeständnisse und jene der Gewalt, wobei letztere heute auf dem Vormarsch ist. (...) Heute gehe es um die Verteidigung von Errungenschaften. Wie Brenner hervorhob, habe man es nicht mit Faschismus zu tun, der brutalen und offenen Diktatur der Monopolbourgeoisie. Es handle sich vielmehr um einen Prozess autoritärer Staats- und Sozialpolitik, während das System als solches noch funktioniere. Der Parlamentarismus sei ungebrochen ...

Der heutige Autoritarismus sei ein ständiges Begleitmerkmal des Kapitalismus, doch müsse man den Faschismus vom autoritären Sicherheitsstaat unterscheiden. Faschismus ist nach Dimitrow „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Er komme nicht über Nacht und nicht auf Beschluss irgendeines Kreises der Monopolherren, sondern bedürfe der Übergänge, so der Referent. (...) Die Lehre aus dem historischen Faschismus laute, dass man gegen einen drohenden Faschismus über die Parteigrenzen hinaus die Kräfte zusammenführen muss, um ein breites Bündnis gegen die alle Parteien bedrohende Diktatur zu schmieden. [1]

Wie das heute umzusetzen ist, wie daraus eine offensive antikapitalistische Antifa-Politik wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Der folgende Artikel von Markus Bernhardt ist sicherlich in Teilen angreifbar. Aber wir

sind der Meinung, dass er in seinem zentralen Anliegen Recht hat:

Wir müssen unsere Antifa-Politik auf den Prüfstand stellen

Das schließt aber Widersprüche zu wichtigen Aussagen seines Artikels nicht aus.

1. Die Forderung nach dem Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen ist richtig und zu unterstützen, ohne Illusionen, dass wir uns dann bequem zurücklehnen könnten. Dieser Staat, den wir als Handlanger des Monopolkapitals kennen, wird die Arbeit für uns nicht erledigen, selbst wenn ein Verbotsantrag Erfolg haben sollte. Die Faschisten werden sich in neuem Gewand wieder organisieren. Diese Erkenntnis dürfen wir bei Bündnispartnern allerdings nicht voraussetzen, sie kann erst ein Ergebnis des gemeinsamen Kampfes sein. Die Schlussfolgerung, dass wir an diesen Staat solch eine Forderung garnicht stellen dürfen, ist allerdings auch zurückzuweisen. Wir sollten uns in dieser Frage zentral auf das Potsdamer Abkommen berufen, das im GG im Art. 139 seinen Niederschlag fand, um der Bourgeoisie eine Anwendung des Parteiverbots auf die revolutionäre Linke zu erschweren.
2. Mit der Kritik an der VVN/BdA hat Markus ein wichtiges Thema angesprochen – die Tendenzen eines rein bürgerlichen Antifaschismus sind in ihr schon weit fortgeschritten. Die Ursachen müssen wir jedoch auch bei uns selbst suchen. Wenn wir es nicht mehr als unsere Aufgabe ansehen, durch aktive Mitarbeit orientierend auf unsere Bündnispartner einzuwirken, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass sich dort Sozialdemokratismus ausbreitet.
3. Markus stellt an antifaschistische Politik fast die gleichen Anforderungen wie an kommunistische Politik. Von Antifaschisten verlangt er, dass sie

den Kampf *ums Ganze führen*, also auch Politik gegen imperialistische Kriege und gegen die Massenverelendung machen – kurz eine umfassende antikapitalistische Strategie verfolgen. Kommunisten haben natürlich die Aufgabe, in allen Kampffronten die zentrale Bedeutung der Eigentumsfrage herauszustreichen und die verschiedenen Kampffelder zu einer antikapitalistischen Bewegung zum Sturz des Systems zusammenzuführen. Natürlich wollen wir, dass viele auch im antifaschistischen Bereich mit uns gemeinsam an dieser umfassenden Aufgabe arbeiten, aber es wäre völlig sektiererisch, von jedem Nazigegner die Bereitschaft zum Kampf ums Ganze zu verlangen.

4. Der vierte Punkt, wo Widerspruch zu erwarten ist, wird deshalb natürlich die Frage der Bündnispolitik sein. Es geht weniger darum, wer als Linker gelten darf und wer nicht. Wenn wir nur mit Organisationen Bündnisse eingehen, die bereits unsere Positionen teilen, dann stünden wir sehr schnell alleine da.

Hans-Peter verteidigte in Hamburg das Prinzip, dass man mit jedem zusammenarbeiten müsse, mit dem man im jeweiligen Kampfabschnitt und sei es auch nur zeitweilig oder schwankend, ein Stück des Weges gemeinsam gehen könne. Im Grundsatz sei das auch kein schwieriges Problem: Im Antifaschismus könne man mit den bürgerlichen Parteien zu Bündnissen kommen, weil sie selbst Opfer einer faschistischen Herrschaft würden. Die Zusammenarbeit in dieser Frage hindere nicht, sie in anderen Fragen, in denen sie unmittelbar die Angriffe des Monopolkapitals auf die Arbeiterklasse vollstrecken, aufs energischste zu bekämpfen. [2]

Nicht, wer unsere Bündnispartner innerhalb der Bündnisse gegen Nazi-Aufmärsche sind, ist also der Knackpunkt, sondern welche Antifa-Politik wir entwickeln und wie wir Bündnispolitik betreiben. Die Aufgabe von Kom-

munisten besteht darin, die Bewegung über die nur moralische Empörung hinauszuführen, den Sozialdemokratismus in ihr zurückzudrängen, offensiv antikapitalistische Positionen zu vertreten und schließlich durchzusetzen. Der NSU-Prozess bietet aktuell dazu vielfältige Anhaltspunkte.

Das *Wie* unseres Kampfes gegen den Opportunismus braucht noch viele Überlegungen und Diskussionen. In der letzten T&P haben Jürgen Lloyd und Renate Münder darüber ein Gespräch geführt. Auch hier steht die Umsetzung in die Praxis noch aus. Was heißt es konkret, den Sozialdemokratismus, den Opportunismus zu bekämpfen?

Markus' Artikel gibt Anlass, auch über die relative Bedeutung des Kampfes gegen die organisierten Nazis für die heutige Situation im Klassenkampf zu diskutieren. Markus' Anklage in der Veranstaltungsreihe in Hamburg, die Linke habe die soziale Frage den Nazis überlassen und erschöpfe sich selbst im

nur noch moralischen Antifaschismus [3], zwingt uns dazu.

Theoretisch ist es natürlich eine Binnsweisheit, dass heute in einer Zeit, in der die Monopolbourgeoisie noch nicht unmittelbar Kurs auf die Errichtung der faschistischen Diktatur genommen hat, der Kampf gegen die Nazis nicht der zentrale Inhalt der kommunistischen Politik sein darf, sondern nur ein Kampfabschnitt unter vielen, neben dem Kampf gegen die Massenverelendung, für Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und bezahlbare Mieten, gegen den autoritären Staatsumbau und gegen den imperialistischen Krieg. Spontan drängt sich uns aber aus moralischer Empörung, aus unserer Geschichte und Tradition, aus dem Wunsch nach breiten Bündnissen, aber auch wegen des schärferen Gegenwindes in anderen Kampfabschnitten häufig eine andere Praxis auf.

Auch über diese Frage werden wir die Debatte fortsetzen müssen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Auftaktveranstaltung der 2. Hamburger Veranstaltungsreihe „Bürgerliche Herrschaft in der Krise“ – eine Herausforderung für die antifaschistische Bewegung? Schattenblick 165 zu finden auf www.kapitalismus-in-der-krise.de siehe dazu auch den Artikel von Hans-Peter Brenner, Die „Krise“ und die Lage der „Demokratie“, MB 3/2012
- [2] Kurt Baumann, UZ 20.9.2013, zu finden auf www.kapitalismus-in-der-krise.de
- [3] Markus Bernhardt, Veranstaltung „Revolutionärer Antifaschismus: Was tun in Zeiten von NSU und autoritärer Krisenbekämpfung“ vom 6.12.2013, Audio-Datei zu finden auf www.kapitalismus-in-der-krise.de



Markus Bernhardt

REORGANISIERUNG DRINGEND ERFORDERLICH

Antifaschistische Bewegung zwischen Anbiederung, Moral und Konzeptionslosigkeit

Knapp zwei Jahre nach den ersten Enthüllungen über die vom neofaschistischen Terrornetzwerk Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) begangenen Morde und Anschläge überwiegt bei antifaschistischen Organisationen und Gruppen noch immer Unsicherheit und Wortkargheit. Bis heute ist das Gros der Nazigegner maßgeblich damit beschäftigt, sich bezüglich der Ereignisse in einer Art Detektivarbeit zu üben. Auf eine fundierte politische Einschätzung des neonazistischen Terrors, der ohne staatliche Alimentierung kaum möglich gewesen wäre, wartet man hingegen noch immer vergebens.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) setzt auch nach dem mörderischen Treiben der Neonazis mehrheitlich auf ihre gewohnte Appellpolitik, indem sie weiterhin ausgerechnet die herrschenden Kräfte zu einem NPD-Verbot ani-

mieren will. Also diejenigen, die die politische Verantwortung für die Verstrickungen der Inlandsgeheimdienste und Polizeibehörden in den braunen Sumpf tragen.

Kein Betteln um NPD-Verbot

Dabei würde ein staatliches Verbot der NPD die Faschisten nicht nur zu Märtyrern machen, sondern auch das rechte Treiben keineswegs beenden. Nicht anders war es in Sachen der Verbote verschiedener militanter Nazikameradschaften, die wie beispielsweise die „Kameradschaft Aachener Land“ oder der „Nationale Widerstand Dortmund“ im August 2012 vom nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger verboten worden waren. Besagte Gruppierungen fanden sich in Folge der staatlichen Verbotspolitik unter dem Dach der vom bundesweiten Nazikader Christian Worch gegründeten Partei „Die „Rechte“ wieder und agieren seit-

dem schlagkräftiger und aktionsfähiger als jemals zuvor. Hinzu käme, dass ein NPD-Verbot Herrschenden und Behörden die Möglichkeit böte, sich von eigenen Verstrickungen in den braunen Sumpf reinzuwaschen.

Während sich (zumindest die betagteren) Aktivisten der VVN-BdA und allen voran ihr Bundesvorsitzender Heinrich Fink noch auf den Schwur von Buchenwald berufen und den Kampf gegen Krieg und Faschismus als Teil einer Medaille begreifen, ist dies bei nicht wenigen autonomen Gruppen, die sich selbst als Antifaschisten klassifizieren, von bürgerlichen Nazigegnern jedoch in der Realität kaum mehr zu unterscheiden sind, keineswegs so eindeutig. Waren doch aus diesem Spektrum, welches sich selbst der politischen Linken zurechnet, nicht selten Kriegsgetrommel und ein explizit antimuslimischer Rassismus zu vernehmen gewesen, wie er gleichsam von sogenannten



Rechtspopulisten, wie etwa der Partei „pro Deutschland“ propagiert wird.

Selbst entsorgt

Die politische Grundlage für das Ende dessen, was in den 1980er und den folgenden Jahren als „Revolutionärer Antifaschismus“ klassifiziert wurde, haben sich die antifaschistischen Organisationen und die politische Linke, also Autonome, Sozialisten und Kommunisten, maßgeblich selbst organisiert: Als erste politische Strömungen der Linken, wie die sogenannten Antinationalen zu Beginn der 1990er Jahre den ersten imperialistischen Angriffskrieg gegen den Irak bejubelten, das US-Regime und den Apartheitsstaat Israel zu ihren neuen Bündnispartnern und Freunden (ver-)klärten, fiel der innerliche Widerstand dagegen höchst zaghaft aus. Die politische Linke lag derart am Boden, dass es die Mehrheit ihrer Aktivisten sogar über sich ergehen ließ, dass aus der Linken heraus mit dümmlichsten Anwürfen Stimmungsmache gegen die vom Westen annektierte DDR und ihre Funktionsträger gemacht wurde. Das tatsächliche Problem stellten unterdessen kaum die lautstarken Sirenen des Opportunismus dar, vielmehr war es die schweigende Mehrheit linker Aktivisten, die den Durchmarsch reaktionärer Positionen erst überhaupt möglich werden ließ.

Nachdem die NPD gegen Ende der 1990er Jahre begann, den „Kampf um die Straße“ verstärkt zu führen, holte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zum für die autonome Antifa tödlichen Dolchstoß aus, indem er den sogenannten „Aufstand der Anständigen“ ausrief und ihr damit das letzte Themenfeld nahm, welches die unterschiedlichen Strömungen bis dahin als letztes bindendes Moment zusammengehalten hatte und den Aktivisten die vielerorts so stark vermisste Nestwärme bot.

Schröder war es gemeinsam mit seinen bündnisgrünen Koalitionspartnern gelungen, die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung für den Kampf gegen Rechts zu mobilisieren. Zurück blieb eine konzeptlose Antifa-Bewegung, die außer plumpen „Nazis raus!“-Parolen, tiefender Moral und peinlicher Selbstinszenierung als Mächtegern-Militante bis heute nichts Beachtenswertes mehr zustande brachte.

Es sind bestenfalls einzelne Gruppen und ein paar Hände voll Aktivisten, die Antifaschismus noch immer als „Kampf ums Ganze“ verstehen und gegen die imperialistische Kriegspolitik, die soziale Deklassierung von Millionen Menschen im In- und vor allem auch im Ausland nach Kräften mobil machen und dem zunehmenden Menschenrechtsimperialismus, der innerhalb der selbsternannten Linken unter Labels wie „emanzipatorisch“ daherkommt, eine entschiedene Absage erteilen.

Dass die antifaschistische Bewegung – ausgerechnet zu einer Zeit, in der sie, Stichwort NSU und rassistische Pogromstimmung, so wichtig wäre – zunehmend an Bedeutung verloren hat, hat sie sich durchweg selbst zuzuschreiben. Die Verantwortung dafür trägt – zumindest in diesem Fall – keineswegs vermeintliche staatliche Repression, die viel zu oft als Entschuldigung für den Irrsinn und die Schwäche der Bewegung herhalten musste.

Ein Ausweg aus Konzeptlosigkeit und weiterer Aufweichung explizit anti-kapitalistischer und friedenspolitischer Positionen kann hingegen nur durch eine Schärfung der politischen Positionen erreicht werden. Wer die drei Kernelemente linker Politik, wie eine offensive Ablehnung imperialistischer Kriegspolitik, den Antikapitalismus und den Antifaschismus, nicht sein Eigen nennen mag, ist kein Linker.

Debatte um Bündnispolitik

Insofern muss es zukünftig nicht nur zu einer Wiederaufnahme der Diskussion kommen, was genau Antifaschismus heutzutage ist und sein soll, sondern für Kommunistinnen und Kommunisten auch zu der Debatte, wer Bündnispartner sein kann und wer eben nicht.

Eine Bündnispolitik mit dem Ziel *breit, breiter, am breitesten* und *Friede-Freude-Eierkuchen* der letzten Jahre ist kein erfolgsversprechendes Zukunftskonzept mehr. Sie gehört ohne Wenn und Aber auf den Prüfstand gestellt. Auch historisch erwachsene Erfahrungen aus dem Faschismus haben mittlerweile an Wert verloren. Staatliche Einrichtungen und etablierte Politik und ja, auch Grüne und Sozialdemokraten finden sich auf der Täterseite und sind nicht auf Seiten der Arbeiterbewegung zu verorten. Wir leben nicht mehr in

der Zeit nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, sondern sind im nächsten Jahrhundert angekommen. SPD und Grüne stehen heute für eine mörderische Kriegspolitik, die Deklassierung der Arbeiter und den Abbau letzter verbliebener Sozialstaatselemente (Hartz IV, Agenda 2010). Von ihrem antikommunistischen Grundkonsens einmal ganz zu schweigen. Mit diesen Inhalten können sie für uns Kommunistinnen und Kommunisten keine Bündnispartner darstellen, vielmehr muss der Sozialdemokratismus (nicht nur in der SPD) entschlossen bekämpft werden.

Nur mit klaren politischen Positionen ist es möglich, sich Anlass-bezogen in Bündnisse mit bürgerlichen Kräften zu begeben, neue Ausstrahlungskraft auf für linke Themen aufgeschlossene Jugendliche zu entwickeln und zukünftig zumindest wieder einmal kleinere Erfolge zu erzielen. Es gibt keinen Grund, sich duckmäuserisch für die eigene Geschichte zu entschuldigen bzw. sich in devoter Haltung und vor allem auf Kosten kommunistischer Positionen und Inhalte an Bündnissen mit unseren entschiedenen Gegnern zu beteiligen. Eine verstärkte Politik des erhobenen Kopfes muss indes nicht zwangsläufig bedeuten, sich sektiererischen Politikansätzen hinzugeben. Eine derart konturlose Bündnispolitik wie sie in den vergangenen Jahren in weiten Teilen von Antifa-Bewegung, aber auch der DKP betrieben wurde, kann jedoch beileibe nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen sein.

** Der Autor ist Mitglied der DKP und der VVN-BdA und engagierte sich die letzten 15 Jahre in der autonomen Antifa-Bewegung*



DAS ELEND DER EL

Zu Charakter und Bedeutung der „Europäischen Linken“

Die 2004 ins Leben gerufene „Partei der Europäischen Linken“ (EL) ist in den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und darüber hinaus umstritten – und dies nicht gerade zu Unrecht. Anlass zu Kritik geben organisatorisch-strukturelle Belange, inhaltlich-ideologische sowie strategische, wobei hier freilich ein Zusammenhang besteht.

Die EL ist eine „europäische“, d. h. EU-Partei, die sich gemäß der „Verordnung Nr. 2004/2003 des EU-Parlamentes und des Rates von 4. November 2003 über die Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“ gebildet hat. Das bedeutet, „sie beachtet insbesondere in ihrem Programm und in ihrer Tätigkeit die Grundsätze, auf denen die Europäische Union beruht“ (Artikel 3c). Ähnlich ist es mit der Finanzierung: Die EU-Parteien erhalten Finanzmittel aus dem EU-Gesamthaushaltsplan, wenn sie einen entsprechenden Antrag stellen und dieser bewilligt wird. Hierbei werden das politische Programm und die Satzung gemäß obigen Kriterien und gemäß weiterer, juristischer und finanztransparenter Kriterien begutachtet – kurz: Die EL unterwirft sich also dem Regelwerk und der grundsätzlichen Ausrichtung der EU und hat sich dazu zu bekennen, andernfalls verliert sie ihren Status als EU-Partei und/oder die finanziellen Zuwendungen der EU, die rund 75 Prozent des EL-Budgets ausmachen.

Es drängt sich die Frage auf, wie „alternativ“ und „kritisch“ die EL sein kann bzw. überhaupt darf, wenn ihre Tätigkeit und Existenz direkt von der EU bezahlt werden. Tatsache ist, dass die EU mit obiger Verordnung einen Rahmen – besser wohl ein Korsett – geschaffen hat, mit dem sie hörige Parteien erhält, die nicht ernstlich aufbegehren (können) gegen den politischen und ökonomischen Status quo, schon gar nicht gegen das EU-System, denn die Parteien sind selbst integraler Bestandteil desselben. Die EU kanalisiert somit alle politischen Strömungen, wie es sich in einer ordentlichen Demokratie-Illusion eben gehört: Sie hält sich

konservative, liberale, grüne und sozialdemokratische Regierungsparteien – staats- und EU-tragend, außerdem rechte und rechtsextreme Parteien, die als Speerspitzen des Monopolkapitals agieren und gleichzeitig die (durchaus berechnete) EU-Kritik einsammeln sollen, sowie eben eine loyale „Links“-Opposition, die im Krisenfall auch regierungstauglich werden, den vorgegebenen Rahmen aber natürlich nicht verlassen kann. Natürlich ist eine solche „Opposition“ nutzlos, denn sie ist eine Scheinopposition, die wohl ein bisschen moralisieren darf, ansonsten aber handzahn zu bleiben hat. Der soziale Protest, der Widerstand gegen die EU und den Imperialismus, aufkeimende Klassenkämpfe oder gar revolutionäre Intentionen sollen damit im Sinne der EU domestiziert werden. Insofern ist die EL die Absicherung für den Fall, dass die alte Sozialdemokratie (wie gegenwärtig in Griechenland) endlich so weit zusammenbricht, wie es ihr gebührt – die neue Sozialdemokratie der EL steht als Auffangbecken für die WählerInnen schon bereit. Zur historischen Tragödie des Zusammenbruchs der II. Internationale vor 100 Jahren ist die EL nun die Farce. Dementsprechend sehen, durchaus zwangsläufig, auch ihre Inhalte und Ziele aus.

Die EL kann unter diesen Bedingungen garnichts anders, als lediglich Reformismus und Illusionen anzubieten. Beides beinhalteten die maßgeblichen nationalen Gründungsparteien der EL – wie die italienische Rifondazione oder die deutsche PDS, heute „Die Linke“ – natürlich schon von vornherein, während auf kommunistische Parteien, die zu dieser Formation stoßen, die EL-Programmatik rückwirkend Einfluss haben soll: Marxismus (von Leninismus gar nicht zu reden), Klassenkampf und Antiimperialismus, das Bekenntnis zu den positiven Errungenschaften des „Frühsozialismus“ in der UdSSR und Europa, die konsequente Solidarität mit Kuba sowie das Ziel der sozialistischen Revolution haben in der EL keinen Platz und sind dort auch unerwünscht. Bislang hat sich dieser im Kern gera-

dezu antikommunistischen Dogmatik und Repression der EL nur eine Partei wieder entzogen, nämlich die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei, die 2009 aus der EL ausgetreten ist: Sie hatte das Rückgrat, ihre langsame Entwaffnung umzukehren; sie lehnte es ab, dass seitens der EL die sozialistische Vergangenheit Ungarns und anderer Länder mit dem bürgerlichen Kampfbegriff des „Stalinismus“ diffamiert wird, und sie wollte sich auch das Werkzeug des Marxismus-Leninismus nicht von der EL aus den Händen schlagen lassen. Seither gibt es auch in anderen EL-Mitgliedsparteien oder Beobachterparteien verschiedentlich starke Stimmen, welche die Verortung ihrer Parteien überdenken möchten, da nun mal niemand gerne sehenden Auges in den Sumpf gezogen werden will.

Zurück zur EL-Programmatik. Dass die Grundsätze einer revolutionären Partei und erst recht natürlich etwaige Wahlprogramme selbstverständlich auch immer Übergangsforderungen und Reformziele definieren, versteht sich von selbst und ist auch richtig so. Ebenso richtig ist es für eine revolutionäre Partei, sich zu Bündnissen mit anderen Parteien, Organisationen und Bewegungen zu bekennen. Aber beides kann nicht zum Selbstzweck und schon garnicht zum alleinigen Selbstverständnis werden. Reformziele und Bündnispolitik müssen immer in eine revolutionäre Gesamtstrategie eingebettet sein. Bei der EL ist das freilich nicht der Fall: Es handelt sich um bloßen Reformismus, der behelfsmäßig überdacht wird mit einer nebulösen Forderung nach einer „solidarischen Gesellschaft“, in der die Logik des Kapitalismus in irgendeiner Weise durchbrochen sein soll. Erreicht wird dies mit „demokratischen Mitteln“ (des bürgerlichen Staates) und auf „transformatorischem“ Wege. Die ideologische Beliebigkeit als angeblicher „Pluralismus“ ist nichts als eine Entideologisierung, und diese soll die EL-Parteien zudem zu gern gesehene Mosaiksteinchen irgendwelcher herbeiphantasierter „bunter Bewegungen“ machen oder sie selbst zu einer „Bewe-



gung der Bewegungen“, wobei die Arbeiterbewegung, wenn überhaupt, da nur am Rande eine Rolle spielen darf.

Gut, soll sein – auch dafür ist im bürgerlichen Parteienspektrum und im bürgerlichen Parlamentarismus Platz. Faktum ist aber: Ein solcher Platz, wie ihn die EL ausfüllt, ist gewiss nicht der einer kommunistischen Partei, sofern sie ihren Namen nicht nur als bloßes Etikett ohne Inhaltsgewähr betrachtet.

Kommunistische Parteien, die ihren Namen verdienen und ihn mit Stolz, Aufrichtigkeit und Zuversicht tragen, die sich zur Arbeiterklasse, zum Klassenkampf, zur Revolution, zum Sozialismus und wahrlich nicht zuletzt zur Ablehnung der EU als imperialistisches Bündnis bekennen, sind in der EL oder an deren Rande nicht gut aufgehoben, denn dort sind sie nur der ernsthaften Gefahr ausgesetzt, ihren ureigensten

Charakter zu verlieren, was ja auch der Zweck der EL-Formierung ist. Ratsamer erscheint es, sich dieser negativen Beeinflussung zu entziehen und somit dem Beispiel der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei zu folgen. In jenen Parteien, in denen die Diskussion hierüber eröffnet und offen ist, sind Entscheidungen in der einen oder anderen Richtung jedenfalls unausweichlich, denn der Charakter der EU-Partei EL und kommunistische Organisation im eigentlichen Sinne vertragen sich nicht auf Dauer.

Im Sinne der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene müssen sich die kommunistischen Parteien andere, eigenständige Strukturen schaffen. Ein Anstoß in diese Richtung ist mit der Gründung der „Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“ am 1. Oktober 2013 in Brüssel erfolgt. Auf Einladung

der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) sammeln sich in dieser Struktur bislang 30 Mitgliedsparteien, darunter die bereits erwähnte Ungarische Arbeiterpartei (der Namensteil „kommunistisch“ wurde kürzlich vom ungarischen Staat verboten) oder auch die neu gegründete Partei der Arbeit Österreichs. Es besteht Anlass zur Hoffnung, dass sich in der „Initiative“ jene europäische kommunistische Kräftekonzentration frei von EU-Gängelung entwickelt, für die die EL nicht nur nicht stehen kann und will, sondern deren Be- und Verhinderung zu den wichtigsten Aufgaben der EL zählen.

* *Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs*



LITERATURTIPP

Jörg Högemann

ANDREAS WEHR: DER EUROPÄISCHE TRAUM UND DIE WIRKLICHKEIT

„Der Europäischen Union kommt die Legitimation abhanden“, vermerkt der Autor einleitend. Der Anteil der positiv über sie Denkenden – quer durch die Mitgliedsländer – sinkt. Die Europa durchziehenden Gräben seien in der Krise sichtbar geworden. „Einem prosperierenden Kern um Deutschland herum steht eine Peripherie von Staaten gegenüber, deren Industrien und Dienstleistungsunternehmen unter den Bedingungen des Binnenmarkts und des Euro keine Chance haben.“ Die Schwäche der Peripherie werde von Deutschland genutzt, um sein Modell der Austeritätspolitik, die Agenda 2010, in den anderen Ländern durchzusetzen.

Andreas Wehr, Mitarbeiter der linken GUE/NGL-Fraktion im EU-Parlament, setzt sich mit Plädoyers von Publizisten, Wissenschaftlern und Politikern auseinander – allesamt Verteidiger der EU. Als „europäischen Traum“ summiert er ihre Positionen. Die von ihm namhaft gemachten Träumer sind Jeremy Rif-

kin, Jürgen Habermas, Ulrich Beck, Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt sowie schließlich Martin Schulz. Alle Autoren, wie verschieden auch immer, fordern eine schnellere und stärkere Integration, damit sich Europa als global player gegenüber den USA, aber auch gegenüber China, Indien und Brasilien besser behaupten könne. „Es ist ganz offensichtlich“, folgert Wehr, „dass der zerbröselnde Zusammenhalt der Union mit Hilfe eines neuen äußeren Feindbildes wieder hergestellt werden soll.“

US-Autor Jeremy Rifkin hüllt den Traum in ein biblisches Gewand. Europa, so skizziert ihn Wehr, „soll das neue Jerusalem sein: Europa ist die neue Stadt auf dem Berg. Die Welt blickt auf dieses großartige transnationale Regierungsinstrument und hofft, von dort Orientierungshilfen für die Menschheit in einer globalisierten Welt zu finden.“ Wehr kommentiert schlicht: „Der Europäische Traum von Jeremy Rifkin ist Science Fiction.“

Da ist Habermas ernster zu nehmen, v. a. wegen seines beträchtlichen Einflusses auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Er sorgt sich um den Sozialstaat, der von „einer unreguliert voranschreitenden Globalisierung“ bedroht werde. Die Politik werde durch die Finanzmärkte entmachtet. Dagegen habe nur eine „Weltgesellschaft“ eine Chance, ein demokratischer Prozess jenseits des Nationalstaats, den er in einer Existenzkrise sieht. Wehr weist Habermas eine falsche historische Analyse der sogenannten Globalisierung nach, die schon im *Kommunistischen Manifest* beschrieben wird und die keineswegs erst mit der Durchsetzung des Neoliberalismus begann. Von einem Abanken des Nationalstaats könne nicht die Rede sein, da doch seine obersten Repräsentanten die Entscheidungen auf EU-Ebene dominierten.

Indem Habermas die „Handlungsoption auf nationalstaatlicher Ebene“ der Vergangenheit zuordnet, erweist

er der Arbeiterbewegung einen Bären- dienst, wie Wehr kritisiert. Die „als Ersatz vorgeschlagene forcierte europäische Union bietet hingegen den bedrängten Organisationen der Arbeiterbewegung nur Steine statt Brot, denn das EU-Europa schätzt weder die Sozialstaatlichkeit noch stellt es sie auf einer höheren Ebene wieder her.“ Die Konsequenz ist die „alternativlose Anpassung“ an die Standortkonkurrenz. Da Habermas „sozialstaatlich argumentiert und mehr Demokratie einfordert“, so Wehr weiter, trägt er dazu bei, „Sozialdemokraten und Gewerkschafter an das neoliberale Projekt“ der EU zu binden – mit Hilfe des „Traums vom demokratischen und sozialen Europa“.

Der nächste „Träumer“, der Sozialwissenschaftler Ulrich Beck, fordert die „Europaarchitekten“ auf, „beherzter vorzugehen und dabei keine Rücksichten auf Grundgesetzbestimmungen oder europäische Vertragswerke zu nehmen“. Beck stellt vier Prinzipien „der europäischen Vertrauensbildung“ als „unverzichtbare Grundlage einer europäischen Gesellschaft“ auf: das „Prinzip der Fairness“, des „Ausgleichs“, der „Versöhnung“ sowie das der „Verhinderung von Ausbeutung“. Einer von Becks Realisierungsplänen: „Im Verhältnis zwischen großen und kleinen, mächtigen und weniger mächtigen Staaten muss es einen Ausgleich geben, der Schutz der Schwachen sollte Vorrang haben.“ Wehr kommentiert trocken: „Sarkastisch könnte man an Stelle solcher Prinzipien auch die Forderung stellen: Der Tiger wird gebeten, kein Fleisch mehr zu fressen.“

Cohn-Bendit und Verhofstadt, beide Abgeordnete im EU-Parlament, sehen die Zukunft „in der internationalen Zusammenarbeit, mehr noch: in der Schaffung supranationaler gesellschaftlicher Institutionen, die einen ganzen Kontinent umfassen.“ Mit ihrer Weigerung, die gegenwärtige Welt als Staatenwelt zur Kenntnis zu nehmen, und mit ihrer Orientierung auf „Kontinente und Subkontinente“ kehrten Cohn-Bendit und Verhofstadt nach Ansicht Wehrs „zur bedenklichen Konzeption der Geopolitik der 30er Jahre zurück“, die auch für Hitler ideologischer und strategischer Ausgangspunkt war. „Das deutsche Monopolkapital hat auf dieser Grundlage in zwei kriegerischen Anläufen versucht, eine kontinental-europäische Großraumwirtschaft unter

deutscher Führung zu erzwingen. Auch in der heutigen Europäischen Union bestimmt Deutschland das Tempo der Integration.“

Die „Wiederherstellung des Primats der Politik gegenüber einem entfesselten und marktradikalen Kapitalismus“ fordert der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz (SPD). Andreas Wehr vermerkt kopfschüttelnd: „Diese ‚Wiederherstellung des Primats der Politik‘ soll ausgerechnet über die Europäisierung der Politik – über eine der wichtigsten Ursachen der Entdemokratisierung also – erfolgen.“ Am Schluss konfrontiert der Verfasser die Träume mit der europäischen Wirklichkeit. In der Lissabon-Agenda von 2000 wurde als Ziel proklamiert, die Union bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen. Versprochen wurde „ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“.

Heute herrscht stattdessen tiefste Krise: nur geringes oder gar kein Wachstum, Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, die europäische Peripherie „versinkt in einer nicht endenden Rezession, in Arbeitslosigkeit und sozialem Elend“. Die Staatsschulden stiegen durchschnittlich von 71,6 (1999) auf 92,2 Prozent (2013). An die Stelle „größeren sozialen Zusammenhalts“ traten immer größere soziale Spannungen, insbesondere zwischen Kernstaaten und Peripherie. Und obendrein entstand „faktisch eine zweite Union“ mit 18 Euro-Staaten innerhalb der EU mit ihren 28.

Heraus kam eine Herrschaft der Kernstaaten über Länder wie Griechenland, Irland, Portugal und Zypern. „Ihnen wird von den Kernstaaten eine harte Austeritätspolitik diktiert, die offiziell zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit führen soll, sie aber tatsächlich durch Haushaltskürzungen, Privatisierungen, Steuererhöhungen und Lohndumping immer weiter in eine Abwärtsspirale führt.“

Die Krönung bisheriger Europa-Träume ist die propagierte Legende als Friedensmacht, an der vor allem Cohn-Bendit und Verhofstadt mit ihrem Manifest „Für Europa“ stricken. Die Krone kam aus Oslo in Form des

Friedensnobelpreises 2012. Ausgerechnet die EU wird zur Friedensmacht hochstilisiert, die mit der Schaffung „hochmobiler und schnell verlegbarer Eingreiftruppen“ und mit 24 Interventionen auf drei Kontinenten „auf dem Weg, eine ernstzunehmende eigenständige Militärmacht zu werden“ sei. Die Vorstellung von einer den Frieden bewahrenden Organisation habe dies aber kaum erschüttern können. „Der Grund dafür“, meint Wehr, „ist in einer Sichtweise zu suchen, die sich auf den europäischen Kontinent beschränkt“. In dieser Wahrnehmung seien sogar der Bürgerkrieg auf dem Balkan und die NATO-Aggression gegen Jugoslawien 1999 „kurze, aber nicht weiter bedeutsame Unterbrechungen eines seit Jahrzehnten andauernden europäischen Friedens“. Diese Europa-Borniertheit blende die Kriege von EU-Staaten in der übrigen Welt vollständig aus. „Wie wenig die europäischen Mächte ihren imperialistischen Charakter bis heute verändert haben, zeigt die Tatsache, dass sie die Interventionen in der Dritten Welt sofort wieder aufnahmen, nachdem das europäische sozialistische Lager verschwunden war“. Nach „50 Jahren auferlegter Abstinenz“ sei nun auch Deutschland wieder dabei. „Was die noch immer weit verbreitete Ansicht angeht, erst die europäische Integration habe den Frieden auf dem Kontinent möglich gemacht bzw. sichere ihn noch heute, lässt sie sich demnach nur aufrecht erhalten, wenn die historischen Rahmenbedingungen der westeuropäischen Nachkriegsentwicklung unberücksichtigt bleiben.“

Der fromme Wunsch, die EU in ein soziales, friedliches Projekt zu transformieren, wird von Andreas Wehr schonungslos auseinandergenommen. Die Kräfte innerhalb der Linken, die diesen „Traum“ vertreten, beziehen ihre Argumente von durchweg bürgerlichen Autoren, die dem Marxismus fern stehen. Sie diffamieren diejenigen, die auf dem Boden des Nationalstaats kämpfen, als „Nationalisten“ und „Populisten“ und reihen sich damit in die proeuropäische Kampagne der Bourgeoisie ein, die der EU-Verdrossenheit und -Kritik entgegenwirken soll.

Andreas Wehr, Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen. PapyRossa Verlag, Köln 2013

INHALT

<i>Sepp Aigner</i> Editorial	1
<i>Aitak Barani</i> Woher kommt Rassismus?	2
<i>Renate Münder</i> Spaltung der Arbeiterklasse und der Völker	4
<i>Philipp Kissel</i> Verfügungsmasse Arbeitskraft	6
<i>Gotthold Streitberger</i> Die Zerstörung des Asylrechts	8
<i>Gotthold Streitberger</i> Forderungen an eine antirassistische Flüchtlingspolitik	10
<i>Gretl Aden</i> Sieg der Solidarität	11
<i>Redaktion von „Auf Draht“</i> Es kann legitim sein, was nicht legal ist!	12
<i>Alexandra Liebig</i> Antirassistischer Bewegung die Spitze genommen ...	14
<i>Renate Münder</i> „Rechtspopulismus“ oder was?	16
<i>Redaktion von T&P</i> Für eine antikapitalistische Antifa-Politik	18
<i>Markus Bernhardt</i> Reorganisierung dringend erforderlich	19
<i>Tibor Zenker</i> Das Elend der EL	21
Literaturtipp	
<i>Jörg Högemann</i> Andreas Wehr: Europa – Traum und Wirklichkeit	22

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.